



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 68 Juni/5 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

KEINE LUST AUF NACHRICHTEN? Medienkonzerne schlagen laut Alarm

Autor: Uli Gellermann, Datum: 21.6.2023

Der «Reuters Institute Digital News Report» ist eine hochmögliche Einrichtung der Medienkonzerne. Seine Analyse ist weniger Teil der allgemeinen Dauermanipulation, sondern dient eher der nüchterneren Selbsteinschätzung zur Verbesserung der täglichen Bearbeitung des Massen-Bewusstseins. Insofern ist der Report von seltener Ehrlichkeit geprägt. Zwar legt auch diese Arbeit ihre Fragen nicht offen – nur wer die Fragen kennt, kann das Ziel der Befragung genau erkennen – aber weil der Report ein Arbeitsinstrument ist, ist in ihm die Lage der Medien in Deutschland deutlich zu begreifen: Das Vertrauen der Medien-Nutzer in ihre Medienkost ist weiter gesunken. Jeder Zehnte versucht sogar, den Nachrichtenkonsum aktiv zu vermeiden. Noch schlimmer ist dieser Satz des Reports für die Selbsterkenntnis der Manipulationsapparate: «Die Bedeutung Video-getriebener sozialer Netzwerke als Informationsquelle nimmt unterdessen weiter zu.»

Kein Vertrauen in Nachrichten

Nur noch 52 Prozent der erwachsenen Internetnutzer in Deutschland geben an, sehr an Nachrichten interessiert zu sein. Im Vorjahr waren es noch 57 Prozent. Die Frage nach dem WARUM der Nachrichten-Müdigkeit wird von jenem Teil der Studie der öffentlich zugänglich ist nicht beantwortet. Und doch findet sich ein klarer Hinweis in der Arbeit: «Nur 43 Prozent sind der Ansicht, man könne dem Grossteil der Nachrichten

in der Regel vertrauen. Das sind sieben Prozentpunkte weniger und gleichzeitig der niedrigste Wert, seitdem die Frage 2015 erstmals gestellt wurde.» Nur wer dem Wahrheitsgehalt der Nachrichten vertraut, kann auf Dauer ein Interesse an den Nachrichten haben. Dieses Interesse aber ist die Basis der Steuerungsmöglichkeit des Massen-Bewusstseins.

Alternative Medien ausgeblendet

Während die vorliegende Reuters-Studie die Wirkung der traditionellen Medien relativ kritisch reflektiert, werden die alternativen Medien ausgeblendet. Dass Informationsplattformen wie die «Nachdenkseiten» oder «apolut» die wesentlichen Voraussetzungen für die wachsende Distanz zu den üblichen Medien geschaffen haben, will die Reuters-Studie nicht erwähnen und verlegt sich so selbst den Weg zur Erkenntnis der eigenen Lage. Im Handbuch für Ausbildung und Praxis im Hörfunk des Springer-Verlags wird die Nachricht so definiert: «Die Nachricht ist eine direkte, auf das Wesentliche konzentrierte und möglichst objektive Mitteilung über ein neues Ereignis, das für die Öffentlichkeit wichtig und/oder interessant ist.» «Neutral, nüchtern, parteilos», wie das Synonym-Lexikon den Begriff «objektiv» übersetzt, ist die Mehrheit der Nachrichten nicht.

Keine Rede von Objektivität

Spätestens während der Zeit des Corona-Regimes, als die deutschen Medien Gegenstimmen zum Kurs der Regierung komplett ausblendeten oder diffamierten, kann von Objektivität keine Rede mehr sein. Seit Beginn des Ukrainekriegs wurde diese Gleichschaltung der Mehrheits-Medien fortgesetzt. Von einer offenen, demokratischen Berichterstattung konnte und kann nicht mehr die Rede sein. So muss das das «gesunkene Vertrauen der Medien-Nutzer» als verständliche Reaktion gewertet werden. Allerdings betreibt die Reuters-Untersuchung keine Ursachen-Forschung. Von den Gründen für das gesunkene Interesse an den Nachrichten ist nicht die Rede. Im Ergebnis dieses offensichtlichen Analyse-Mangels ist eine Änderung der Lage nicht zu erwarten. Man kann und muss sogar unterstellen, dass diese Verweigerung einer Ursachenforschung den Kurs der deutschen Medien eher weiter betonierte.

Gleichtakt von Mehrheitsmedien, Regierung und «YouTube»

An keiner Stelle schreibt die Reuters-Studie über die Löschungen bei «YouTube». Obwohl die «Bedeutung Video-getriebener sozialer Netzwerke als Informationsquelle» bei Reuters hervorgehoben wurde, findet die gezielte Zensur bei «YouTube» nirgends eine Erwähnung. Aber gelöscht wurden genau jene Informationen, die dem Einheitskurs der Medien widersprachen. Zwar fehlt bisher jeder Beweis einer organisierten Zusammenarbeit zwischen Regierung und «YouTube», aber dieser verschwiegene und verschweigende Gleichtakt von Mehrheitsmedien, Regierung und «YouTube» kann kein Zufall sein. Gar keine Erwähnung findet die russisch inspirierte Plattform «RT Deutsch». Die Plattform wird als Feindsender behandelt, so als sei Deutschland bereits offiziell in den Ukraine-Krieg verwickelt. Den Fall «RT Deutsch» einfach nicht zu erwähnen, ist eine Verweigerung, die Wirklichkeit wahrzunehmen, die vor allem bei einer Medienanalyse mehr als befremdlich ist. Diese Weigerung ist geradezu eine stillschweigende Anerkennung der zentralen Steuerung von Zensur und stellt der Reuters-Studie ein erbärmliches Zeugnis aus.

Kampagne für Medienfreiheit?

Für die alternativen Medien ist die Lage nach der Reuters-Studie eindeutig: Sie wären die Rettung für den verbliebenen Rest von Presse- und Meinungsfreiheit. Wenn sie denn die zunehmend unzufriedeneren Medienkunden erreichen würden. Dem steht ihr mangelnder Bekanntheitsgrad im Wege: Selbst kritische Medienkonsumenten wissen häufig nicht, dass es Alternativen gibt und wo man sie erreichen kann. Es ist an der Zeit für eine gemeinsame Kraftanstrengung aller alternativer Medien, um deren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Es ist an der Zeit für eine Kampagne für Medienfreiheit, die sich nicht im Appell erschöpft.

Die Original Reuters-Studie:

<https://leibniz-hbi.de/de/publikationen/reuters-institute-digital-news-report-2022-ergebnisse-fuer-deutschland>

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/keine-lust-auf-nachrichten>

UKRAINE

Die falsche Gegenoffensive und die Ablehnung der guten Dienste

von Thierry Meyssan, VOLTAIRE NETZWERK | PARIS (FRANKREICH) | 20. JUNI 2023

Es ist ein Narrenspiel. In der Mitteilung Kiews heisst es, seine Armee habe seit zwei Wochen eine Gegenoffensive gestartet. Aber das entspricht nicht dem, was auf dem Schlachtfeld zu sehen ist. Kiew behauptet auch die beiden Missionen der gut gemeinten Vermittlungen Chinas und der Afrikanischen Union mit Hoffnung entgegenzunehmen. Aber Wolodymyr Selensky hat die Verhandlungen, die er mit Moskau führte unterbrochen, und ein Gesetz erlassen, das deren Wiederaufnahme verbietet.



Während die westliche Presse die militärische Realität ignoriert, besteht der Kreml auf Transparenz. Spezialisierte Kolumnisten dürfen an die Front reisen und schreiben, was sie denken, selbst wenn sie das Funktionieren der Armeen und ihre Ergebnisse kritisieren. Präsident Putin hat sie empfangen und ihre härtesten Fragen live im Fernsehen beantwortet.

Nach Angaben der Kiewer Behörden hätte die ukrainische Armee seit dem 8. Juni «eine umfangreiche Gegenoffensive gegen den russischen Aggressor» gestartet.

ES GIBT KEINE GEGENOFFENSIVE

In der Militärliteratur spricht man lieber von einem Gegenangriff als von einer Gegenoffensive. Der Gegenangriff besteht darin, die momentanen Schwächen des Feindes auszunutzen, um zum Angriff überzugehen. Man denke an Napoleon in Austerlitz, der einen Teil seiner Truppen zum Rückzug zwang, um seine Gegner in eine Falle zu locken, aus der er als Sieger hervorging.

Die Wahl des Begriffs «Gegenoffensive» ist nicht neutral. Es ist ein Kommunikationstrick, der suggeriert, dass die Russen eine «Offensive» gestartet haben, um die Ukraine zu erobern. Tatsächlich lieferten sie sich am Flughafen im Norden der Hauptstadt eine Schlacht, bevor sie sich zurückzogen.

In Wirklichkeit haben die Russen nie versucht, Kiew einzunehmen, und sie wollen auch nicht in die Ukraine einmarschieren. Das hat ihr Präsident Wladimir Putin in der ersten Woche seiner «Sonderoperation» erklärt. Die Einnahme eines Militärflughafens, selbst nördlich von Kiew, ist nur eine Schlacht, die den Russen die Luftüberlegenheit sichern soll. Dies deutet nicht darauf hin, dass sie die Hauptstadt einnehmen wollten.

Auch der Begriff «Spezialeinsatz» ist nicht neutral. Moskau betont damit, dass es keinen Invasionskrieg führt, sondern seiner «Schutzverantwortung» gegenüber der Bevölkerung der Oblasten Donezk und Lugansk nachkomme, die seit 2014 offiziell Ziel einer Strafoperation von Kiew waren. Die Gültigkeit der russischen Spezialoperation in Frage zu stellen, wäre so, als würde man die Operation der französischen Armee in Frage stellen, um den Massakern in Ruanda ein Ende zu setzen. Beide Spezialoperationen wurden durch Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (die Resolutionen N° 929 vom 22. Juni 1994 und N° 2202 vom 17. Februar 2015) genehmigt. Nur dass die Resolution, auf die sich Moskau stützt, nicht in aller Eile gefasst wurde. Sie ist diejenige, die die Minsker Vereinbarungen befürwortet und Deutschland, Frankreich und Russland die Möglichkeit gibt, zu intervenieren, um sie umzusetzen.

Aus kommunikativer Sicht hat der Begriff «Gegenoffensive» den Vorteil, dass man vergisst, dass Kiew acht Jahre lang einen Krieg gegen seine eigenen Staatsbürger geführt hat, der nach verschiedenen Zählungen zwischen 14'000 und 22'000 Tote forderte.

Monatelang bettelte Kiew und bekam viele westliche Waffen. Es bildete auch seine Soldaten im Umgang mit ihnen aus. In der Zwischenzeit zog sich Moskau auf die Linien zurück, die es während der Friedensverhandlungen in Weissrussland und dann in der Türkei akzeptiert hatte, bevor diese von der Werchowyna Rada (dem Kiewer Parlament, in dem Washington ein Büro ständiger Berater des US-Aussenministeriums und der USAID einrichtete) denunziert wurde. Als Beispiel hat Moskau das rechte Ufer von Cherson aufgegeben (aber nicht das linke Ufer), wodurch der Dnjepr zur natürlichen Grenze zwischen der Ukraine und Neu-russland wurde. Nachdem die Bewohner dieser Region der Russischen Föderation durch ein Referendum beigetreten sind, hat Moskau zwei Verteidigungslinien ab der Mündung des Dnjepr bis zum Donbass (Lugansk und Donezk) aufgebaut. Dabei handelt es sich um zwei Reihen von Drachenzähnen (Befestigungen, die den Durchgang von gepanzerten Fahrzeugen verhindern) und Schützengräben.

Das Atlantische Bündnis, das die Waffen und Strategien liefert, hat den Befehl zur Gegenoffensive gegeben, obwohl Kiew keine Kontrolle mehr in der Luft und nur noch wenig Munition hat. Im Vorjahr konnte die ukrainische Armee Drohnen einsetzen, um die Bewegungen des Gegners zu überwachen. Heute kann sie das nicht mehr, weil dieser alle feindlichen elektronischen Verbindungen auf «seinem» Territorium und ein

wenig darüber hinaus stört. Kiew verfügt theoretisch über eine beeindruckende Bodenbewaffnung, wie kein Land sie je hatte. In der Praxis sind jedoch viele der gelieferten Waffen verschwunden, in anderen Ländern, mit oder ohne Zustimmung der grosszügigen Spender. Was die Munition betrifft, ist es nicht möglich, sie in der Ukraine zu lagern, ohne von russischen Hyperschallraketen sofort zerstört zu werden. Sie werden daher in Polen und Moldawien gelagert und nur über die Grenze gebracht, um direkt an die Front zu gelangen.

Seit den letzten zwei Wochen haben die ukrainischen Streitkräfte versucht, die russischen Verteidigungslinien zu durchbrechen, ohne Erfolg. Die Truppen konzentrieren sich vor diesen Linien und werden von der russischen Artillerie beschossen. Wenn sie sich dann zum Rückzug entschliessen, schicken die Russen Drohnen, um Minen auf deren Rückweg abzuwerfen.

Das Einzige, was Kiews Streitkräfte tun können, ist, die Dörfer einzunehmen, die einige Kilometer vor den Verteidigungslinien liegen. Währenddessen bombardieren russische Flugzeuge deren Arsenale, manchmal weit im Inneren der Ukraine. Die effizientesten Flaksysteme der Ukraine, die Patriot, wurden sofort nach ihrer Einrichtung zerstört. Es bleiben nicht mehr viele übrig, ausser jenen, die veraltete Raketen treffen können. Der ukrainische Generalstab behauptet, sechs Kinschal-Raketen zerstört zu haben, was angesichts ihrer hohen Geschwindigkeit (Mach 10) unmöglich ist. Der Bürgermeister von Kiew, Witali Klitschko, veröffentlichte ein Foto von sich, auf dem er vor einem Wrack einer Kinschal posiert. Unsinn! Die Trümmer entsprechen überhaupt nicht dieser Waffe.

Der Kampfgeist der ukrainischen Truppen ist so niedrig wie nie zuvor. Das Verteidigungsministerium versichert, dass sich immer noch viele Männer im Hinterland befinden. Das Gebiet Iwano-Frankiwsk hat jedoch die Mobilmachung aller Männer zwischen 18 und 60 Jahren angeordnet. Ausnahmen sind selten. Die Realität scheint also eher zu sein, dass es keine einsatzbereiten Kämpfer mehr gibt.

Das Atlantische Bündnis hat alle seine AWACS-Flugzeuge eingesetzt, um das Schlachtfeld aus der Ferne zu überwachen. Es kann das Ausmass der Niederlage nicht leugnen. Seltsamerweise treibt es die Ukrainer weiterhin in den Kampf, oder besser gesagt in den Tod.



Die Mission der Afrikanischen Union und der Brazzaville-Stiftung wurde mit Höflichkeit empfangen, aber die Ukrainer wollten ihre guten Dienste nicht. Sie versuchten nur, die Missionsmitglieder für ihre Sache zu gewinnen.

KIEW WILL KEINE MISSION DER GUTEN DIENSTE

Washington hofft noch, dass Kiew gewinnt und Präsident Joe Biden eine durchschlagende Wiederwahl beschert. Es könnte jedoch einen Rückzieher machen und sich auf die beiden Vermittlungsmissionen Chinas und der Afrikanischen Union verlassen. Auf Betreiben Washingtons verbot die Werchowna Rada jedoch jedem, mit den «Invasoren» zu verhandeln.

China hat 12 Prinzipien veröffentlicht, die seiner Meinung nach jedem Friedensabkommen zugrunde liegen sollten. Pekings Sondergesandter Li Hui weigert sich, über ihre Umsetzung zu sprechen, solange sie nicht von beiden Seiten genehmigt wurden. Das ist nun geschehen. Aber der Westen lässt sich nicht täuschen. Man kann nicht so tun, als würde man diese Prinzipien teilen, wenn man die Lügen weiter benutzt, die man seit drei Jahrzehnten entwickelt hat. Andernfalls werden sie zur Anerkennung der Gültigkeit der russischen Position und damit zum Wunsch nach einer Niederlage Kiews führen.

Die Afrikanische Union und die Brazzaville-Stiftung entsandten vier Staatsoberhäupter: Azali Assoumani (Komoren und derzeitiger Vorsitzender der Afrikanischen Union), Macky Sall (Senegal), Cyril Ramaphosa (Südafrika) und Hakainde Hichilema (Sambia). Alle anderen weigerten sich mitzukommen. Der ägyptische Präsident schickte seinen Premierminister Mostafa Madbouly. Der an Covid erkrankte Ugander Yoweri

Museveni hat seinen ehemaligen Aussenminister Ruhakana Rugunda geschickt. Der Kongolese Denis Sassou-Nguesso liess sich durch den Staatsminister des Präsidiums, Florent Ntsiba, vertreten. Gleich nach ihrer Ankunft wurde die gesamte Delegation nach Butscha eingeladen, wo ihre Gastgeber ihnen erklärten, dass die russischen Besatzer Gräueltaten begangen hätten. Die Afrikaner haben die internationalen Ermittler nicht getroffen, die im Gegenteil festgestellt haben, dass die Massaker mit Pfeilchen (Munition, die während des Ersten Weltkriegs weit verbreitet war) verübt wurden. Vor allem haben die Russen Butscha am 30. März 2022 verlassen. Der Bürgermeister des Ortes hatte nichts Ungewöhnliches festgestellt. Am nächsten Tag sind die Nationalisten des Asow-Bataillons in die Stadt eingedrungen, aber die Leichen wurden erst am 4. April gefunden. Es handelte sich also eindeutig um einen Bürgerkriegsschauplatz, in dem die integralen Nationalisten Mitbürger hinrichteten, von denen sie glaubten, mit den Russen kollaboriert zu haben. Jedenfalls kennen die Afrikaner solche Situationen und können nicht leicht getäuscht werden. Als sie in Kiew ankamen, ertönten die Sirenen. Aber diese Staatsmänner waren nicht beeindruckt. Sie stellten fest, dass die Hauptstadt nicht bombardiert wurde, sondern nur wenige militärische Ziele. Auf der abschliessenden Pressekonferenz sagte der Präsident der Komoren, Azali Assoumani: «Der Weg zum Frieden muss über die Achtung der Charta der Vereinten Nationen führen, und Afrika ist bereit, weiterhin mit Ihnen auf der Suche nach einem dauerhaften Frieden zusammenzuarbeiten (...) Auch wenn der Weg zum Frieden lang sein mag, gibt es Hoffnung, weil Gespräche möglich sind.» Darauf antwortete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky ihm: «Heute habe ich bei unserem Treffen deutlich gesagt, dass die Zulassung von Verhandlungen mit Russland jetzt, wo der Besatzer auf unserem Land ist, bedeutet, den Krieg einzufrieren, Schmerz und Leid einzufrieren.»



Le 17 juin 2023, Vladimir Poutine présente à la délégation africaine le projet de traité de paix signé, en mars 2022, par le président de la délégation ukrainienne lors des négociations de paix en Turquie.

Am 17. Juni 2023 präsentierte Wladimir Putin der afrikanischen Delegation den Entwurf eines Friedensvertrags, den der Leiter der ukrainischen Delegation im März 2022 während der Friedensverhandlungen in der Türkei unterzeichnet hatte.

Nach dieser Weigerung fuhren die Afrikaner nach St. Petersburg, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu treffen. Natürlich zeigte sich dieser viel offener. Er hat nicht nur nichts zu verlieren, sondern er hat ein massives Argument. Er präsentierte der Delegation (siehe Video) den Text des Friedensvertrags und das von den Ukrainern im März 2022 ausgehandelte und vom Delegationsleiter unterzeichnete Addendum. Er erklärte sogar, dass die russischen Truppen bei der Umsetzung dieses Projekts die Oblaste Kiew und Tschernihiw verlassen hätten und dass die Ukrainer sich nicht nur geweigert hätten, diese Texte zu ratifizieren, sondern auch ein Gesetz verabschiedet hätten, das die Fortsetzung oder Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen verbiete.

Man wird auf dem Afrika-Russland-Gipfel, der für den 26. und 29. Juli geplant ist, sehen, welcher der beiden Staatsoberhäupter in den Augen der Delegation der Afrikanischen Union aufrichtiger erschien. Kiews Interesse an Missionen der guten Dienste ist ebenso falsch wie seine Gegenoffensive.

Übersetzung Korrekturlesen: Werner Leuthäusser

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219516.html>

Quote by Quetzal from the 849th contact report of June 12, 2023

If humanity wants to have a future ...

*„Only a radical reduction of the horrendous mass of earth humanity, worldwide without ifs and buts and under a billion people, can bring an end to all destruction and a future. This would have to be by all leaderships of all states the important strict resolution and Implementation order be, because **alone this measure is only future-bringing for the continuance of mankind of this world.**“*

Source: https://www.futureofmankind.co.uk/Billy_Meier/Contact_Report_849

Show statt Substanz / Deutschland weiss nicht um seine Rolle in der Welt

Von Hans-Georg Münster, 20 Juni 2023

Deutschlands einst stolze Armeen sind untergegangen, die Wissenschaft hat ihren Weltruf verloren, Dichtung und Kunst sind abgestorben, und das Wirtschaftswunder ist Geschichte. In einem Bereich ist Deutschland aber noch weltmeisterlich: Bei Inszenierungen lassen sich Berliner Politiker von niemandem übertreffen. Kürzlich wurde der Saal der Bundespressekonferenz in Berlin, wo sonst die Pressesprecher der Ministerien befragt werden, zum Showroom, als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Innenministerin Nancy Faeser (SPD), Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) vor der internationalen Presse eine neue «Nationale Sicherheitsstrategie» vorstellten. Auf 76 Seiten präsentierten sie jedoch nur unverbindliche Absichtserklärungen und Zustandsbeschreibungen.



Das bisher noch grösste Industrieland in der Europäischen Union hätte allen Grund, über seine Zukunftssicherung und seine Verteidigung nachzudenken. Es hat auch allen Grund, Strategien zu entwickeln und Wege aufzuzeigen, wie es die Verteidigung stärken, seine industrielle Basis sichern und die Versorgung mit preiswerten Rohstoffen garantieren will. Doch danach sucht man in der Strategie vergebens. Schon ein kleines Beispiel macht deutlich, dass die Sicherheitsstrategie einer Ausarbeitung von Amateuren ist: Es ist zwar viel von China die Rede (wobei die amerikanischen Positionen kritiklos wiederholt werden) aber der Konflikt um Taiwan, der möglicherweise einen Welt- und Atomkrieg auslösen könnte, kommt in dem Papier nicht einmal vor. Damit folgt man der alten Devise von Baerbocks Auswärtigem Amt: Mit einem Land, das wir nicht anerkennen, müssen wir uns auch nicht beschäftigen. Taiwan bleibt der weisse Fleck auf der Weltkarte des Auswärtigen Amtes.



Wichtiger ist die Situation in Europa und das Verhältnis zu Russland. Und dazu heisst es ziemlich lapidar: «Das heutige Russland ist auf absehbare Zeit die grösste Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum.» Das war von der deutschen Regierung schon häufiger zu hören und ist insofern nicht neu. Doch wie diese Bedrohung bald reduziert oder sogar abgeschafft werden könnte, ist der Strategie nicht zu entnehmen. Und dass Russland wegen seines Vorgehens in der Ukraine die europäische Ordnung fundamental in Frage stelle, war von Scholz und Baerbock auch schon häufiger zu hören gewesen. Die deutsche Antwort dazu heisst jetzt: «Die Zeitenwende, die Russlands Angriffskrieg bedeutet, nehmen wir zum Anlass, um unsere Bundeswehr endlich angemessen auszurüsten.» Wie das nun genau passieren soll, erfährt der Leser des Dokuments allerdings nicht mehr.



Der Ukraine wird Solidarität versichert: «Mit unserer Unterstützung für die Ukraine stärken wir die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegen die russische Aggression und leisten zugleich einen elementaren Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit.» Mit der Unterstützung ist es aber nicht so weit her, wie jüngste Nachrichten zeigen. Was das ukrainische Militär mit den deutschen Waffen erlebte, hätte in Berlin eine breite Debatte auslösen müssen. Das ist aber nicht passiert. Es geht um die deutsche «Wunderwaffe», den Leopard 2-Panzer, von dem mehrere Exemplare, wie auf Videoaufnahmen und auf Bildern aus der Ukraine zu sehen ist, von den russischen Streitkräften offenbar recht problemlos zerschossen werden konnten. Allein diese Bilder haben die deutsche Volksseele ins Mark getroffen. Mit wenigen Klicks konnte jeder staunend zur Kenntnis nehmen, dass es mit der angeblichen Unbesiegbarkeit der deutschen Panzerwaffe nicht weit her ist.

Die Erklärung besteht in diesem Fall darin, dass der Leopard-Panzer als Verteidigungswaffe gegen einen Angriff der Roten Armee konzipiert wurde. Sein Einsatzgebiet ist die norddeutsche Tiefebene mit relativ festen Böden, wo im Kriegsfall die sowjetischen Truppen von Magdeburg herkommend erwartet worden wären. Für einen Angriffseinsatz auf den schweren Böden der Ukraine und in einem Gelände ohne befestigte Strassen ist der Panzer weniger geeignet: Dafür ist er zu schwer. Deshalb wurde der Leopard 2 bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch immer nur in symbolischen Stückzahlen mitgenommen, weil man ihn schlicht und ergreifend nicht gebrauchen konnte.

Notwendig wäre für die Bundeswehr eine völlig neue Panzerwaffe: Leicht, schnell, wirkungsvoll und gut geschützt. Doch so ein Projekt existiert nicht einmal in den Phantasien der Ingenieure der wenigen verbliebenen Rüstungsfirmen in Deutschland. Doch in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie übt sich die Regierung im Schulterklopfen. Sie will zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Zukunft für Verteidigungszwecke ausgeben. Das wären pro Jahr 70 Milliarden Euro, die im Haushalt allerdings nicht zur Verfügung stehen. Das sogenannte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das nach Beginn der Auseinandersetzungen in der Ukraine per Kreditaufnahme geschaffen wurde, ist bereits weitgehend für die amerikanische Rüstungsindustrie und für atomwaffenfähige Kampfflugzeuge verplant, um die atomare Teilhabe Deutschlands im NATO-Bündnis zu sichern. Aber die Regierung plant noch mehr: «Zugleich werden wir unsere Investitionen in den Schutz Kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeiten, eine handlungsfähige Diplomatie, den Bevölkerungsschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine engagierte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stärken.» Dabei dürfte allein eine Fortsetzung der Hilfen an die Ukraine (direkt aus Bundesmitteln und indirekt über die EU) den deutschen Staatshaushalt in den kommenden Jahren überfordern.



Bereits jetzt ist klar, dass Steuern erhöht und soziale Leistungen gekürzt werden müssen, will man diese Versprechen in die Tat umsetzen. Das dürfte schwierig werden in einem Land, das ohnehin schon die zweithöchsten Steuern aller Industrieländer hat und wo der Wohlstand der Bevölkerung dramatisch zurückgeht, vor allem weil die Energie so teuer geworden ist. Von preiswerter Energie ist jedoch in der Sicherheitsstrategie keine Rede. Versprochen wird allerdings allen Ernstes ein klimaneutrales Europa.

Bei aller Aufrüstungsrhetorik und verbalem Säbelrasseln findet sich immerhin ein sehr dezenter Hinweis auf mögliche Verhandlungen mit Russland in der Mitte des Dokuments auf Seite 44, wo es heisst, die Bundesregierung setze sich für den Erhalt belastbarer politischer und militärischer Kanäle im NATO-Russland-Verhältnis ein. Doch diese Kanäle existieren gar nicht mehr. Zuletzt hatte Aussenministerin Baerbock einen Ostseerat in Wismar einberufen. Der wichtigste Ostseeanrainer Russland wurde nicht eingeladen. Auch die Gesprächskontakte im Arktischen Rat gibt es nicht mehr; der Begriff Arktis kommt in der Sicherheitsstrategie nicht einmal vor.

Auch Afrika ist der Bundesregierung keine besondere Erwähnung wert. Dabei wäre der Kontinent für die Erschliessung von günstigen Rohstoffquellen für Deutschland ausgesprochen wichtig, nachdem die Regierung in Berlin auf Kohle, Öl, und Gas sowie andere Lieferungen auf Russland ohne Not verzichtet, sondern sich lieber auf die Seite der korrupten Regierung in Kiew stellt. Die Rohstoffe will man sich anderswo besorgen – wo genau ist nicht zu erfahren. Es heisst es nur: «Dazu wird die Bundesregierung zusammen mit Partnern die Erschliessung alternativer, menschenrechtskonformer und nachhaltiger Bezugsquellen strategischer Rohstoffe voranbringen.» Wenn auf Einhaltung der Menschenrechte und auf die ebenfalls erwähnten Nachhaltigkeitsstandards bei allen Liefer- und Wertschöpfungsketten strikt geachtet werden muss, scheiden weite Teile der Welt wie Afrika, Lateinamerika, die arabische Welt und Asien als Rohstofflieferanten aus, weil entweder die Menschenrechte nicht eingehalten werden oder es an der Nachhaltigkeit mangelt. Es blieben vielleicht noch Australien und Neuseeland.



Die Bundesregierung hat auf 76 Seiten oberflächliche Zustandsbeschreibungen und allgemein gehaltene Zielsetzungen zusammengeschrieben. Es gibt dazu ein deutsches Sprichwort: Der Berg hat gekreisst und ein Mäuslein geboren. Man kann es auch so sagen: Mit diesem Dokument der Unfähigkeit hat sich Deutschland aus dem Kreis der ernstzunehmenden Mächte auf der Welt endgültig verabschiedet.

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/show-statt-substanz-deutschland-weiss-nicht-um-seine-rolle-in-der-welt/>

Ukraine-Krieg

Die Ukraine als Riegel zwischen Westeuropa und Russland

Von TILO GRÄSER | Veröffentlicht vor 1 Tag in: Weltpolitik

Jochen Scholz war Oberstleutnant der Bundeswehr und unter anderem im NATO-Hauptquartier der alliierten Luftstreitkräfte eingesetzt. Seit Jahren gehört er zu den Kritikern der westlichen Kriegspolitik. Als solcher hat er einen Beitrag zu dem Buch «Kriegsfolgen – Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert» beige-steuert, in dem er sich mit den geopolitischen Strategien des Westens beschäftigt. Mitte Mai stellte er gemeinsam mit dem Verleger Hannes Hofbauer das Buch im Berliner Marx-Engels-Zentrum (MEZ) vor. Dort sprach Tilo Gräser mit ihm.



Scharfmacher der Neocons:
Paul Wolfowitz (li.) und Donald H. Rumsfeld (re.) setzten ihre Vorstellung durch,
wie sich die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges entwickeln sollte.

Foto: Cherie Cullen Lizenz: defenseimagery, Mehr Infos

Hintergrund: Herr Scholz, der Krieg in und um die Ukraine hat eine Vorgeschichte. Die beginnt nicht am 24. Februar 2022. Sie ziehen sie aber auch über den Zeitpunkt 2014 mit dem Putsch und den Folgeereignissen in Kiew hinaus. Warum? Bis wohin reicht aus Ihrer Sicht die Vorgeschichte?

Jochen Scholz: Aus meiner Sicht reicht die Vorgeschichte bis zum Jahre 1990, als die Sowjetunion der deutschen Wiedervereinigung zugestimmt hat. Alle sprachen von der «Friedensdividende», nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Weil wir dachten, jetzt endlich könnten die Mittel freigesetzt werden, die man bisher fürs Militär ausgegeben hat, um sinnvolle Projekte zu machen, die den Menschen helfen. Präsident George Bush war bereit, den Charakter der NATO zu verändern und daraus einen transatlantischen Konsultationsmechanismus zu machen. Das geschah auch im Jahre 1990 beim Londoner Gipfel im Juni. Da ging es um die Transformation der NATO. Das heisst, Bush hatte Verständnis für die Sicherheitsbedenken von Michail Gorbatschow wegen der NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands. Hinzu kam, dass von verschiedenen westlichen Politikern die Versprechen gemacht wurden, dass sich die NATO «nicht einen Inch» über das wiedervereinigte Deutschland ausdehnen würde. Das war die Aussage. Da sagen viele, Gorbatschow hätte da einen Vertrag machen müssen, hätte sich eine schriftliche Zusage geben lassen müssen.

Da gebe ich zu bedenken, es gab 1962 bei der Kuba-Krise auch keinen Vertrag, sondern da haben sich zwei Politiker zusammengesetzt und haben gesehen: Es geht so nicht weiter. Wir müssen beide einen Schritt zurückgehen. Das hat funktioniert und das wurde eingehalten. Die US-Amerikaner haben ihre Raketen aus der Türkei abgezogen und Russland hat seine Raketen aus Kuba abgezogen. Da gab es auch keinen Vertrag.

Hintergrund: Welche Kräfte haben diesen Kurs, den es nach Ihrer Aussage aufseiten der USA gab, denn gedreht?

Scholz: Das waren die Kräfte, die wir als Neokonservative bezeichnen, oder Neocons auf Englisch. Das muss man an Personen festmachen. Ich nenne mal ein paar Namen: Paul Wolfowitz, Richard Cheney, Richard Perle, Donald Rumsfeld und natürlich Intellektuelle wie Robert Kagan, übrigens der Ehemann von Victoria Nuland. Die hatten eine völlig andere Vorstellung davon, wie sich die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges entwickeln sollte. Sie hatten vor allen Dingen den unipolaren Moment im Auge, den sie damals gekommen sahen. Und den wollten sie nutzen, damit das auch so bleibt. Die haben sich dann durchgesetzt. Wobei man sagen muss, dass US-Präsident William Clinton am Anfang, im Jahr 1993, gar nicht für eine NATO-Osterweiterung war. Aber dann haben sie ihn überzeugt: Mit dem Blick auf die Rolle der «Swing States», in denen sehr viele Menschen mit osteuropäischen Wurzeln leben, für seine Wiederwahl. Da hat er dann der NATO-Osterweiterung zugestimmt.

Hintergrund: Wieder zurück zum 24. Februar 2022: Manche sagen, Russland hätte das nicht machen sollen, es hätte immer noch Alternativen gegeben. Wie sehen Sie das?



**Jochen Scholz bei der Buchvorstellung
«Kriegsfolgen – Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert» in Berlin.**

Foto und Rechte: Tilo Gräser, Mehr Infos

Scholz: Die letzte Alternative aus russischer Sicht war im November 2021 der Versuch, die NATO und die Vereinigten Staaten mit getrennten Papieren dazu zu bringen, ein Abkommen abzuschliessen, damit die Ukraine einen Neutralitätsstatus erhält. Bis dahin hat die russische Seite gesehen, dass das Normandie-Format, das nach Minsk II etabliert worden ist, nicht funktioniert hat. Der russische Aussenminister hat den Briefwechsel mit den Aussenministern Frankreichs und Deutschlands hierzu im Herbst 2021 sogar öffentlich gemacht. Die wollten wieder etwas im Normandie-Format machen, ohne das eigentliche Thema auf die Tagesordnung zu setzen: Die Föderalisierung der Ukraine, sprich einen signifikanten Autonomiestatus für den Donbass mit einer Verfassungsänderung –, die hätte ja nach dem Minsk II-Abkommen bis Ende 2015 abgeschlossen sein sollen. Bekräftigt übrigens mit einer Resolution des UN-Sicherheitsrates. Das ist jahrelang nicht passiert, weil die Ukrainer das nicht wollten. Deshalb war die letzte Chance für Russland eben dieses Vertragsangebot. Und die US-Amerikaner wollten nicht einmal verhandeln und haben das einfach brüsk zurückgewiesen, übrigens ohne sich mit den NATO-Verbündeten abzustimmen.

Hintergrund: Der US-Autor Benjamin Abelow hat in einer Broschüre beschrieben, wie der Westen die Ukraine in den Krieg getrieben hat. Wie schätzen Sie das ein? Wer trägt letztendlich die Verantwortung für das, was bis heute an kriegesischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Ukraine läuft?

Scholz: Eindeutig der Westen, mal ganz abgesehen von der ganzen Frage der NATO-Osterweiterung. Wenn das Minsker Abkommen mit den Garantiemächten Deutschland und Frankreich umgesetzt worden wäre und wenn die beiden Aussenminister so viel Druck ausgeübt hätten, dass die Ukrainer das hätten machen müssen, dann wäre das alles vorbei gewesen. Nein, sie haben es nicht gemacht. Immer wieder wurde das vertagt oder ins nächste Jahr verschoben. Wenn das umgesetzt worden wäre, dann hätte es überhaupt keinen Grund mehr für Russland gegeben, irgendwo einzugreifen. Die Menschen in der Ostukraine hätten Autonomiestatus gehabt, die eigene Sprache gehabt, ihre eigenen regionalen Polizeikräfte und so weiter, aber innerhalb des Staatsverbandes der Ukraine. Die Krim hätten sie wahrscheinlich nicht zurückbekommen, weil das strategische Überlegungen der Russen waren. Die haben gesagt, wenn die US-Amerikaner Zugriff auf die Krim bekommen, dann beherrschen die das Schwarze Meer und marginalisieren unsere Schwarzmeerflotte und das ist für uns eine absolut rote Linie.

Hintergrund: Wie beurteilen Sie als ehemaliger NATO-Offizier, der auch mit der Planung von damals theoretischem Kriegsgeschehen beschäftigt war, die Meldungen, dass ukrainische Piloten auf F-16-Kampfflugzeugen trainiert werden dürfen und Grossbritannien und die Niederlande dafür sorgen wollen, dass diese Flugzeuge in die Ukraine kommen?

Scholz: Das ist eine weitere Eskalation. Und es zeigt, dass offensichtlich der Wille, diesen Krieg durch Verhandlungen hin zu einem Waffenstillstand zu beenden und dann zu einem Friedensvertrag zu kommen, mit dem beide Seiten leben können, zurzeit überhaupt nicht vorhanden ist. Ob sich das ändert in der nächsten Zeit, vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Wahlen, kann ich nicht beurteilen. Möglicherweise tut sich da was. Es gibt solche Signale.

Ich habe mal eine Leserschrift von einem ehemaligen Luftwaffen-Piloten in der FAZ gelesen, in der er zur Frage westlicher Flugzeuge für die Ukraine schrieb: Wir haben da so unsere Erfahrungen gemacht. 1992 haben wir NVA-Piloten von MiG 29 auf F-4 Phantom umgeschult, in Wittmund, beim Geschwader Richthofen. Die waren tatsächlich nach fünf Monaten in der Lage, das Flugzeug auch bei schlechtem Wetter von A nach B zu fliegen. Aber «combat ready» waren sie erst anderthalb Jahre später. Das heisst, das Flugzeug im Kampfgeschehen einsetzen konnten sie eben nicht nach dieser rein fliegerischen Ausbildungszeit. So ist das hier natürlich ganz genauso. Das sind westliche Flugzeuge mit westlichen Systemen. Die sind nicht vergleichbar mit den russischen. Und das dauert eben eine Zeit.

Dasselbe trifft natürlich auch für westliche Panzer zu. Ein Panzer hat nur Sinn in einem System, das wir den Kampf der verbundenen Waffen nennen: Panzer, Infanterie, Schützenpanzer, Artillerie und Luftabwehr, alles zusammen. Das muss trainiert werden. Das können die Russen. Das können die Ukrainer gar nicht, weil ihnen das auch von den NATO-Kräften seit 2014 nie beigebracht worden ist, denn die können es selbst nicht mehr. Die US-Amerikaner haben seit dem Zweiten Weltkrieg nie wieder so eine Art Krieg geführt, weil sie immer nur mit deutlich unterlegenen Gegnern zu tun hatten. Aber nicht mit einem gleichwertigen Gegner, der auf gleicher Ebene mit Panzern und Ähnlichem arbeitet. Deswegen können sie es natürlich auch nicht weitergeben. Also das ist mit eines der grössten Hindernisse.

Hintergrund: Es gibt verschiedene Meldungen, dass im Hintergrund osteuropäische und deutsche Politiker auf eine Verhandlungslösung drängen, entsprechend Druck auf Kiew machen. Seymour Hersh hat unter anderem davon geschrieben. Ein Zeitungsbericht meldete Hinweise darauf, dass es zu einer überraschenden Beendigung des Krieges kommen könnte, nachdem harte Kämpfe im Sommer auf beiden Seiten zu einer Ermattung geführt hätten. Der Westen wolle auch im nächsten Jahr weniger Waffen an Kiew liefern, hiess es weiter, und darauf drängen, dass es dort endlich eine Verhandlungslösung gibt. Wie realistisch ist das?

Scholz: Da stecke ich nicht so drin. Ich höre aber Signale aus Washington, wo man vermuten kann, dass die US-Amerikaner ungeduldig werden. Ich verlasse mich bei den rein militärischen Fragen ganz stark auf Douglas Macgregor. Der sollte übrigens mal US-Botschafter in Deutschland werden und ist ein ganz kluger Kopf. Er hat auch aus seiner früheren Zeit als Offizier gute Verbindungen nach Russland, ins Militär. Der sagt: Warten wir ab, bis das Wetter trocken wird und der Sumpf nicht mehr da ist. Bisher versinken sie immer noch bis zum Hals in der schwarzen Erde. Dann werden die Russen mit ihren Kräften dort schon etwas zeigen. Wenn die Ukrainer mit ihrer Offensive kommen, dann werden sie entsprechend reagieren oder sie werden letztendlich selbst eine starten, um die Front zu begradigen oder so. Die russische Seite hat ja mittlerweile mindestens 300'000 Soldaten ausgebildet, die im Hintergrund gehalten werden. Die Wagner-Truppe machte das ja bisher in Bachmut.

Macgregor vergleicht das Vorgehen der russischen Streitkräfte mit der Schlacht von Kursk 1943, als Stalin immer Attacken gefordert hat. Der Chef des Stabes dieser Armee hatte den Schneid, ihm zu widersprechen: Nein, das machen wir nicht, sondern ich schlage was anderes vor. Wir lassen sie kommen und dann machen wir sie platt. Wenn sie kommen, dann kesseln wir sie ein. Aber wir greifen sie nicht an. Genau das ist erfolgreich passiert.

Hintergrund: Zur langen Vorgeschichte gehören auch geostrategische Überlegungen in den USA, von Halford Mackinder im Jahr 1919 bis zur Wolfowitz-Doktrin im Jahr 1992. Sie zitieren auch relativ aktuelle strategische US-Dokumente. Welche Rolle spielt das wirklich in diesem Konflikt, in diesem Krieg in und um die Ukraine?

Scholz: Das ist der entscheidende Riegel zwischen Russland und Westeuropa. Deshalb steht die Ukraine so im Mittelpunkt. Diese Idee des Riegels, also der Trennung zwischen Westeuropa, insbesondere Deutschland, und Russland, ist uralte. Das hatte Mackinder 1919 in seinem Buch «Democratic Ideals and Reality» kategorisch gefordert, nämlich einen dauerhaften Puffer zwischen Russland und dem Deutschen Reich zu schaffen. Willy Wimmer war im Jahre 2000 in Bratislava bei einer US-Konferenz für osteuropäische Staaten. Das neokonservative American Enterprise Institute hat für das State Department, das US-Aussenministerium, die Konferenz organisiert. Dort wurde laut Wimmer unter anderem Folgendes gesagt: Es gelte, eine Linie zu ziehen von den Ostseezugängen nach St. Petersburg über die baltischen Staaten bis nach Odessa am Schwarzen Meer, von Odessa nach Istanbul und dann nach Anatolien. Alles, was östlich davon ist, interessiert die USA nicht: «Alles, was westlich davon liegt, ist unser.» Ziel müsse es sein, einen ungehinderten Zugang westlich dieser Linie Baltikum-Odessa-Anatolien zu haben, um eine durchgehende Landverbindung auf eigenem Territorium zwischen Anatolien und Polen sicherzustellen.

Wir wissen das, weil Willy Wimmer dort als Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eingeladen und so entsetzt war, dass er einen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder geschrieben hat, in dem er das thematisiert hat. Wimmer hat ihn in dem Buch «Die Akte Moskau» abgedruckt.

Hintergrund: Experten wie Jacques Baud aus der Schweiz meinen, Russland wolle verhindern, dass das Nachbarland ein NATO-Stützpunkt wird, der eine direkte Bedrohung für Russland darstellen würde. Nun ist es so gekommen, dass Finnland und Schweden NATO-Mitglieder werden. Finnland ist jetzt schon beigetreten und hat eine ähnlich lange Grenze zu Russland. Warum ist die Ukraine anscheinend ein grösseres Problem für Russland als Finnland und Schweden? Gegen Finnland und Schweden wird Russland keine militärischen Operationen führen. Warum gibt es da diesen Unterschied?

Scholz: Finnland und Schweden sind auch als NATO-Mitglieder keine Bedrohung für Russland. Es gibt ja keine ethnischen Verbindungen. Bei Finnland gibt es historische Verbindungen zu Russland, aber das ist lange her. Von daher befürchten sie das nicht so sehr. Die Entwicklung ist aus russischer Sicht eine Art «Blow back», wie man in den Geheimdiensten sagt, ein nicht erwarteter Rückschlag. Das muss man ganz klar sehen. Aber das ist für Russland nicht so entscheidend. Man muss die historischen und kulturellen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland sehen, über Jahrhunderte. Das hat eine ganz andere Bedeutung als bei Schweden und Finnland. Und die beiden haben schon signalisiert, sie wollen keine NATO-Waffen auf ihrem Territorium stationieren. Gut, das muss nicht das letzte Wort sein. Aber zunächst einmal ist das nicht die grosse Gefahr.

Hintergrund: Eine letzte Frage an Sie als ehemaligen NATO-Offizier, der sich auch mit Kriegsplanung beschäftigt hat: Wenn Sie das Geschehen in der Ukraine beobachten, wie geht aus Ihrer Sicht dieser Krieg aus?

Scholz: Prognosen haben den Fehler, dass sie in die Zukunft gerichtet sind. Zumindest schliesse ich aus, dass die Ukrainer gegen Russland siegen. Das ist für mich ausgeschlossen. Ich hoffe, dass es über die Vermittlung der Staaten wie China, Brasilien, den Vatikan und anderen nach einem Waffenstillstand über einen gewissen Zeitraum hin zu einer Lösung kommt, die Minsk II ähnelt. Wo die Ukraine sagt, auf die Krim müssen wir verzichten, aber wir stimmen eben um des Friedens willen dem zu, was wir jahrelang verhindert haben. Das wäre die optimale Lösung. Und dann ihre Erklärung, dass sie neutral bleibt. Die Verhandlungen waren im März 2022 schon so weit, dass Selensky angeboten hatte, dass die Ukraine neutral wird. Dann reiste Boris Johnson nach Kiew und hat ihm das ausgedrückt. Und seitdem ist Selensky Hardliner.

Hintergrund: Eine allerletzte Frage noch: Viele reden von der drohenden Gefahr des Atomkrieges. Rainer Rupp hat vor einiger Zeit in einer Veranstaltung gesagt, nach seiner NATO-Erfahrung werden die USA alles dafür tun, dass es zumindest keinen wie auch immer gearteten Atomwaffen-Einsatz gegen Russland gibt, weil es dann den russischen Gegenschlag auf US-Territorium geben würde. Er rechne deshalb nicht mit einem Atomwaffen-Einsatz in dieser Auseinandersetzung. Wie schätzen Sie das ein?

Scholz: Das sehe ich ähnlich. Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter. Nach wie vor ist das so, das wissen die US-Amerikaner. Auch die Russen werden von ihrer Seite her nicht als erste Atomwaffen einsetzen. Es gibt nur eine Grenze. Das hat Putin in den Reden immer wieder betont. Wenn die Existenz Russlands auf dem Spiel steht, dann ja. Aber sonst nur als Reaktion.

Jochen Scholz (Jahrgang 1943) hat Geschichte und Politikwissenschaften studiert. Als Bundeswehroffizier war er unter anderem im NATO-Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte in Ramstein eingesetzt. Ab 1994 bis zur Pensionierung als Oberstleutnant war er Referent im Bundesverteidigungsministerium.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/die-ukraine-als-riegel-zwischen-westeuropa-und-russland/>

Wir brauchen einen Friedenspräsidenten

Ron Paul

Die meisten Menschen sind sich einig, dass wir einem Atomkrieg näher sind als jemals zuvor seit der Kuba-Krise 1962. Einige würden sogar behaupten, dass wir heute näher dran sind als in jenen schicksalhaften Tagen, als sowjetische Raketen auf Kuba beinahe einen Atomkrieg zwischen den USA und der UdSSR ausgelöst hätten.

Damals wurde uns gesagt, dass wir uns in einem Kampf auf Leben und Tod mit dem Kommunismus befänden und daher keinen Quadratmeter Territorium abtreten dürften, sonst würden die Dominosteine einen nach dem anderen fallen, bis die «Roten» über uns herrschten.

Diese Krise war für mich sehr real, da ich mitten in der Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR über Kuba zum Militär eingezogen wurde und wir alle spürten, wie nahe wir der Vernichtung waren. Glücklicherweise hatten wir damals einen Präsidenten im Weissen Haus, der die Gefahren der nuklearen Brinkmanship verstand. Obwohl er von Falken umgeben war, die ihm nie verzeihen konnten, dass er die idiotische Invasion in der Schweinebucht abgebrochen hatte, griff Präsident John F. Kennedy zum Telefon und führte ein Gespräch mit seinem sowjetischen Amtskollegen Nikita Chruschtschow, das schliesslich die Welt rettete.

Historiker sagen uns heute, dass Präsident Kennedy zustimmte, die US-Raketen aus der Türkei abzu ziehen, wenn die Sowjets im Gegenzug die Raketen aus Kuba entfernen würden. Dies war ein klassischer Fall dafür, wie Diplomatie funktionieren kann, wenn sie richtig eingesetzt wird.

Es ist nur allzu klar, dass wir heute keinen John F. Kennedy im Weissen Haus haben. Obwohl wir nicht mehr mit einem sowjetischen Imperium und einer kommunistischen Ideologie konfrontiert sind, die einen konfrontativen Ton gegenüber Russland rechtfertigen, treibt die Biden-Regierung die USA immer noch auf einen Atomkonflikt zu. Warum setzen sie uns alle einem Risiko aus? Dieselbe alte «Domino-Theorie», die im Kalten Krieg in Misskredit geraten ist: Wenn wir Russland nicht bis auf den letzten Ukrainer bekämpfen, wird Putin bald durch Berlin marschieren.

Alles begann damit, dass Biden versprach, nur Uniformen und medizinische Hilfsgüter in die Ukraine zu schicken, aus Angst, einen russischen Vergeltungsschlag auszulösen. Von da an ging es weiter mit Panzerabwehrraketen, Mehrfachraketenwerfern, Patriot-Raketen, Bradley-Kampffahrzeugen und Millionen von Munitionskugeln. Letzte Woche kündigte die Biden-Administration an, Munition mit abgereichertem Uran in die Ukraine zu schicken, die die Erde auf Jahrtausende hinaus vergiftet. Gerüchten zufolge sollen demnächst Langstreckenraketen vom Typ ATACM geliefert werden, die tief in Russland einschlagen könnten. Offenbar sind auch F-16-Kampffjets auf dem Weg.

Die Begründung Washingtons für die Eskalation lautet: Da die Russen keine direkten Vergeltungsmassnahmen gegen die NATO für die direkte Unterstützung der ukrainischen Kriegsmaschinerie durch die NATO ergriffen haben, können wir sicher sein, dass sie niemals reagieren werden.

Ist das wirklich eine kluge Wette? Vielen ist klar, dass der Einsatz von F-16-Kampffjets aus amerikanischer Produktion, die von NATO-Stützpunkten aus starten und NATO-Piloten einsetzen, um Russen in der Ukraine – oder sogar Russland selbst – anzugreifen, eine Kriegserklärung an Russland bedeuten würde.

Das würde den Dritten Weltkrieg bedeuten – etwas, das wir während des gesamten Kalten Krieges zu vermeiden wussten.

Der Kongress schweigt – oder ist willfährig – während wir ohne erkennbares strategisches Ziel der USA einer Katastrophe entgegen taumeln. Biden – oder wer auch immer im Moment das Sagen hat – stürmt geradeaus.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA ist eines klar: Wir brauchen dringend einen Friedenspräsidenten, der für uns das tut, was JFK für die USA während der Kubakrise getan hat. Hoffentlich wird es nicht zu spät sein!

erschieden am 19. Juni 2023 auf> Ron Paul Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_19_wirbrauchen.htm

Österreich – Frontalangriff auf die wohl intelligenteste Aussenministerin Europas Karin Kneissl

Montag, 19. Juni 2023, von Freeman-Fortsetzung um 16:00

Glosse zum jüngsten Skandal um Österreichs Ex-Aussenministerin Karin Kneissl

Sie tanzte mit Putin – jetzt will sie Russin werden

Rudolf Gruber, Wien

Einst hielt es Österreichs Ex-Aussenministerin Karin Kneissl für völlig normal, vor ihrem Hochzeitstag Wladimir Putin in die Knie zu sinken. Nun setzte die 58-jährige Wienerin noch eins obendrauf: Als käme sie gerade frisch von der Gehirnwäsche, gab sich Kneissl neulich bei Podiumsgesprächen auf dem Petersburger Wirtschaftsforum wie Putins Propaganda-Papagei. Sie bekräftigte sinngemäss ihre Wertschätzung für die russische Despotie und ihre Verachtung für den demokratischen Westen.

Ohne Anschein eines Beweises behauptete sie, Russen würden in Österreich von Ärzten nicht behandelt, weil sie Russen wären. Und: Immer mehr



Österreichs Ex-Aussenministerin Karin Kneissl schwingt 2018 mit Russlands Präsident Wladimir Putin an einer Hochzeit das Tanzbein. Bild: Roland Schlager/AFP

Bürger im Westen ziehe es nach Russland, weil sie es satt hätten, «dass ihr Alltag von gewissen Minderheiten be-

stimmt» werde. Nach Kneissls Logik wollen sich also frustrierte Westler den Alltag lieber von einem Diktator bestimmen

lassen, weil er die Güte hat, ihnen jedes Recht zu nehmen.

Auch sie denke «ernsthaft darüber nach, nach Russland zu übersiedeln», nachdem sie im Vorjahr «aus der Europäischen Union geworfen» worden sei und daher als «politischer Flüchtling» anerkannt werden will. Nur eine lässliche Verzerrung der Tatsache, dass sie freiwillig in den Libanon ausgewanderte, nachdem sie den lukrativen Aufsichtsratsposten beim sanktionierten russischen Ölmulti Rosneft verloren hatte. Der eigentliche Grund, warum Kneissl Russin werden will: Sie erhält den Job als Direktorin einer neuen Denkwerkstatt namens «Gorki». Deren Zweck: Putins verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine und seiner Wahnidee von der Wiederauferstehung des

grossrussischen Reichs eine (schein)wissenschaftliche Legitimation zu geben.

Fragt sich bloss: Warum redet eine im Grunde intelligente Frau, die Jura und Arabistik studierte, als Diplomatin Karriere machte und sechs Sprachen spricht, so viel wirres Zeug daher? Und warum himmelt sie einen Despoten an, von dessen Händen das Blut Tausender unschuldiger Menschen tropft? Naheliegende Diagnose: Realitätsverlust, zynischer Opportunismus, Geldgier.

Sie freue sich auf den russischen Pass, sagte Kneissl, will aber den österreichischen behalten und um Doppelstaatsbürgerschaft ansuchen. Wohl als Rückversicherung – bei Putin weiss man ja nie ...

WZ 19. Juni 2023

<https://www.watson.ch/international/%c3%96sterreich/674682330-karin-kneissl-will-putin-helfen-den-krieg-zu-rechtfertigen>

In Sachen Intelligenz ist Karin Kneissl den Baerbocks dieser Welt um Längen voraus. Während andere Aussenministerin-Darstellerinnen eher mit pubertierenden Gören zu beschreiben sind, hatte Frau Kneissl einen profunden Wissensrucksack, gepaart mit ein paar Sprachkenntnissen vorzuweisen.

Und weil sie im Gegensatz zu vielen Schweizer- und Europäischen Aussenministern wirklich etwas kann, und nicht nur, wie z.B. Frau Annalena zusammenhanglose Worthülsen von sich gibt, wird sie von den Mainstream Medien unter der Gürtellinie attackiert.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/06/oesterreich-frontalangriff-auf-die-wohl.html#ixzz85G0g0yJa>

Die TU Dresden und schwangere Väter

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 19. Juni 2023

Nein, man kann aus der Geschichte nicht lernen, weil sich Geschichte nicht wiederholt. Man kann und sollte aber lernen, Mechanismen zu erkennen, die dazu führen, dass sich Wissenschaftler und Ärzte in den Dienst einer Ideologie stellen und damit der Wissenschaft und der Medizin einen Bärendienst erweisen. Wenn Wissenschaftler und Ärzte propagieren, dass es schwangere Väter gibt, liegen sie zwar voll im Trend des Zeitgeistes, der von einer Mikrominderheit bestimmt wird, verbreiten aber medizinischen und wissenschaftlichen Unsinn.

Dieser Unsinn ist keineswegs nur lächerlich, sondern gefährlich, denn es wird inzwischen ernsthaft versucht, im Sinne der Lufthoheit über die Kinderbetten, die von Olaf Scholz schon propagiert wurde, als er lange noch nicht Kanzler war, unsere Jüngsten dahingehend zu beeinflussen, dass sie nicht mehr wissen sollen, ob sie männlich oder weiblich sind. Eine solche tiefgreifende Verunsicherung von Kindern hindert sie, zu selbstbewussten, selbstverantwortlichen Persönlichkeiten zu werden und macht sie so leicht ideologisch beeinflussbar.

Mein Leser Torsten Küllig hat sich an den sächsischen Staatsminister für Wissenschaft gewandt und seiner Irritation über eine Veranstaltungsreihe der TU Dresden Ausdruck gegeben. Ich dokumentiere hiermit seinen Brief, der zeigt, wie weit diese Entwicklung schon vorangeschritten ist.

Sie konnte nur Erfolg haben, weil sie von der Ampelkoalition vorangetrieben wird. Laut vom Kabinett verabschiedeten Selbstbestimmungsgesetz soll jeder Bürger jährlich sein Geschlecht wechseln können. Kürzlich hat der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, der für etwa 0,2% der Bevölkerung zuständig ist, gefordert, die Bezeichnung Papa für Transpersonen zu verbieten, bei 10'000 Euro Busse, wenn man sich, auch innerhalb der Familie, nicht an das Verbot hält. Andererseits findet Lehmann, dass die im Selbstbestimmungsgesetz der Ampel festgelegte Jahresfrist beim Geschlechterwechsel und eine dreimonatige Wartezeit nach dem Einreichen eines Antrags auf Geschlechtsänderung, nicht zumutbar sei.

Das Problem ist nicht, dass es Personen mit solch skurrilen Ideen gibt. Es soll schliesslich jeder nach seiner Fassung selig werden.

Das Problem ist, dass sie daraus eine Machtfrage machen, wenn sie nicht gestoppt werden.

Hier der Brief von Torsten Küllig:

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

ich habe kürzlich am Eingangsbereich des Hauses 21 des Dresdner Uniklinikum die als Anlagen beigefügten Veranstaltungshinweise bemerkt. Als Vater von drei Kindern gebe ich offen zu, dass mir der Zugang für eine Veranstaltungsreihe «Queere Elternschaft» fehlt, dennoch verfüge ich über die notwendige Einsicht, dass dieses Thema insbesondere im «Pride Month» Berücksichtigung finden sollte. Was ich als Vater und auch als Akademiker nicht nachvollziehen kann, ist jedoch, wenn in dieser Veranstaltung Themen behandelt werden, die aus wissenschaftlicher Sicht schlichtweg Unsinn sind.

«Schwangere Väter» kann es nicht geben, da dies bedeuten würde, dass eine autogame Reproduktion zugrunde liegen müsste. Auch scheidet bei Vätern die Möglichkeit einer Parthenogenese aus.

Wenn schon, dann müsste man in der Veranstaltung am 19. Juni von «schwangeren Männern» reden, wobei es mir trotz Recherche nicht möglich war, herauszufinden, wieviel Männer in Sachsen bisher tatsächlich schwanger waren oder sind.

Aber worauf möchte ich eigentlich hinaus?

Die TU Dresden gehört zum Kreis der elf deutschen Exzellenzuniversitäten, die seit 1. November 2019 eine Förderung im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder erhalten. Der Exzellenz-Titel bestätigt die Leistungsfähigkeit einer der grössten Technischen Universitäten Deutschlands. Gleichzeitig bedeutet diese Auszeichnung eine grosse Verantwortung und ist Ansporn, weiterhin exzellent zu sein bzw. zu werden, schreibt die TU-DD auf Ihrer Homepage (<https://tu-dresden.de/tu-dresden/profil/exzellenz>)

Wird die Themenfindung solcher Veranstaltungen nicht fachlich qualifiziert begleitet? Mir ist klar, dass das Wissenschaftsministerium als Rechtsaufsicht den Schranken von Artikel 5 Absatz 3 unterliegt. Aber dennoch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass Themen, die einer wissenschaftlichen Überprüfung schwerlich standhalten, der TU Dresden als Exilenzstandort schaden könnten und bei der Mehrheitsgesellschaft, die bei einem Begriff wie «schwangere Väter» sicherlich nur verständnislos den Kopf schüttelt, eine Abwehrhaltung hervorruft. Welche Veranstaltungen zu diesem Thema plant die TU noch? Wie wäre es mit «Induzierte Laktation trotz Hysterektomie bei schwangeren Vätern nach der Menopause?» (Bitte entschuldigen Sie meine Polemik.)

Ich denke, Sie stimmen mir zu, dass eine Universität trotz der Freiheit von Forschung und Lehre auch in einer gewisse Weise Verantwortung trägt, sich gesellschaftlich nicht völlig zu entkoppeln.

In dem Sinne alles Gute und viel Spass beim morgigen Tag des Offenen Regierungsviertels.

Mit freundlichen Grüßen

Torsten Küllig

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/06/19/die-tu-dresden-und-schwangere-vaeter/#more-7109>

So soll die Welt aussehen, für die sich Russland einsetzt

Autor: Redaktion, 19. Juni 2023

(Red.) Eben hat ein Artikel des prominenten russischen Politologen Sergej Karaganow in der russischen Zeitschrift «Russia in Global Affairs» im Westen zu vielen und berechtigten Kritiken geführt – man könnte es fast schon als «Shitstorm» bezeichnen. Wichtiger, verständlicher, konkreter und auch deutlich selbstkritischer sind Karaganows Ausführungen in einem Interview, das die russische Plattform «business-gazeta.ru» mit Karaganow geführt hat – bisher abrufbar aber nur in russischer Sprache. Globalbridge.ch hat das ganze ausführliche Interview ins Deutsche übersetzt, um seinen Leserinnen und Lesern besser verständlich zu machen, was die politischen Ziele des prominenten russischen Politologen – und es sind nicht nur seine persönlichen, eigenen Ziele – konkret sind und wie die Welt nach russischer Vorstellung künftig aussehen und politisch organisiert sein soll: «Eine Welt mit einer grossen Anzahl von Staaten, eine Welt mit grosser Mobilität, eine Welt, die viel freier ist als heute und viel bunter, mit viel mehr Möglichkeiten. Es wird keine bipolare Welt geben. Man könnte sie multipolar nennen, aber ich würde sie vielfarbig und multidimensional nennen.» (cm)



«Die Hauptsache ist, dass wir menschlich bleiben müssen»:
Sergej Karaganow anlässlich eines Friedhof-Besuches.
(Foto Alexei Mayshev, Ria Novosti)

Einführung ins Interview durch die Redaktion von «Business Online»:

«Ich denke, diese Art von Konflikt ist ein Versagen meiner Generation, denn wir hätten einen offenen Krieg in Europa verhindern können, der sich wahrscheinlich erst in der Anfangsphase befindet. Wir hätten früher und entschlossener handeln müssen.» In einem Interview mit «Business Online» erklärt Sergej Karaganow, ob ein Atomkrieg möglich ist, ob Russland Gefahr läuft, ein Satellit Chinas zu werden, und warum die Regierung gegen die Schaffung einer Ideologie ist.»

Sergej Alexandrowitsch: Die Sonderoperation läuft bereits seit über einem Jahr. Haben sich in dieser Zeit Ihrer Meinung nach dramatische Veränderungen in der Welt und in Russland ergeben?

Sergej Karaganow: In diesem Jahr hat sich eine ganze Reihe von Veränderungen ergeben, und zwar schrittweise. Die Sonderoperation ist für uns nur ein kleiner, wenn auch sehr wichtiger Teil dieser schnellen Veränderungen. Wir hören einfach auf, sie zu bemerken, weil das Kaleidoskop der Ereignisse uns daran hindert, darüber nachzudenken.

Dabei sah die Welt vor einem Jahr noch ganz anders aus. China zum Beispiel ist von einer grossen Wirtschaftsmacht zu einer grossen aussenpolitischen Macht geworden und hat in diesem Bereich grosse Fortschritte gemacht. Europa ist auf dem Weg zum Scheitern noch einen Schritt weiter gegangen.

In diesem Jahr hat sich in unserem Land viel verändert. Zunächst einmal ist Russlands Reise nach Westen zu Ende gegangen. Jetzt hat die Russische Föderation begonnen, sich selbst zu suchen. Hoffen wir, dass sie ihn findet – ohne Verzögerung. Der Prozess der Nationalisierung der Elite hat sich beschleunigt, und der Teil der Wirtschaftselite, der für den Westen gearbeitet hat, ist weitgehend verschwunden. Im politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch nennt man das die Kompradoren-Elite. (Die Kompradoren waren in der portugiesischen Kolonialzeit jene Geschäftsleute, die dafür sorgten, dass die ausländischen Kapitalgeber in den Kolonien die herrschende Elite blieb. Red.)

Frage: In unserem letzten Interview im November 2020 sagten Sie: «Heute haben Russland und Europa trotz aller Unterschiede eine Vielzahl von wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen. Aber in den Grundzügen driften wir auseinander.» Was haben wir jetzt? Ist alles endgültig zerrissen und wir haben uns so weit wie möglich voneinander entfernt, oder ist unsere Konfrontation nicht so ernst und tief, wie viele glauben, und ist es immer noch möglich, den Rückweg zu finden?

Karaganow: Unsere Divergenzen sind aus aussenpolitischen Gründen gross. Die europäischen Eliten, denen der Boden unter den Füßen zittert, haben beschlossen, zu versuchen, ihre Positionen zu retten, indem sie Russland aussenpolitisch, propagandistisch, wirtschaftlich und teilweise sogar militärisch herausfordern, so dass die Beziehungen ziemlich schlecht geworden sind.

Aber das vielleicht Wichtigste ist, dass sich Russland und Europa (natürlich nicht alle, auch Europa ist anders) in Bezug auf ihre Werte auseinanderentwickeln, und dieser Prozess schreitet immer schneller voran. Wir werden zu alten Europäern und sie werden post-europäisch und bewegen sich sogar auf post-humane Werte zu.

Wenn die Europäische Union endlich zusammenbricht, sind Vereinbarungen mit einzelnen Ländern wahrscheinlich. Aber das ist keine kurzfristige Aussicht.

Frage: Die Stimme Afrikas, die wir wahrscheinlich seit dreissig Jahren nicht mehr gehört haben, wurde nun gehört. Mitte Mai verkündete der südafrikanische Präsident, dass Russland und die Ukraine sich bereit erklärt haben, eine afrikanische Friedensmission zu akzeptieren. Und Saudi-Arabien hat sich gegen seine traditionellen Freunde und gegen die USA gestellt. Was sagen Sie zu diesem Wandel? Was ist dort los?

Karaganow: Der Trend der letzten Jahre ist die Befreiung der Welt vom westlichen Joch. Die Länder werden immer freier. Auf der westlichen Seite kämpft man nun darum, die Überreste des Neokolonialismus zu bewahren, und im Rest der Welt befreit man sich davon. Zu unserem Stolz, aber auch zu unserem Bedauern, stehen wir wieder einmal an der Spitze dieses Kampfes und sind eine Art Eisbrecher, der das Resteis des neokolonialen Systems westlicher Vorherrschaft aufbricht. Folglich muss der Eisbrecher immer die zusätzliche Last und auch die Schläge einstecken.

Aber die Welt ist bereits eine viel freiere, vielfältigere, multipolare und bunte Welt. Die Saudis haben den Amerikanern offen die Stirn geboten und bereuen es nicht sonderlich; die Golfaraber fühlen sich viel sicherer. Und die Tatsache, dass die Afrikaner viel aktiver werden und sich offen gegen ihre früheren europäischen Herren auflehnen, ist Teil eines gewaltigen Prozesses, der im Gange ist. Wir befinden uns inmitten eines gewaltigen und wachsenden Erdbebens in der Welt. Es ist unangenehm, aber nach dem Erdbeben entstehen neue Kontinente, neue Länder, neue Phänomene, Berge erheben sich, Schluchten bilden sich. So wird eine neue Welt geschaffen.

Frage: In Ihrem Artikel 2021 schreiben Sie, dass sich ein neuer Kalter Krieg anbahnt, aus dem Russland die Chance hat, als Sieger hervorzugehen. «Dazu ist es notwendig, die richtige Wahl der innen- und aussenpolitischen Ausrichtung zu treffen und vor allem nicht in einen grossen Krieg verwickelt zu werden, der zu einem globalen thermonuklearen und Cyberspace-Armageddon eskalieren könnte», schrieben Sie. Glauben Sie jetzt, im Jahr 2023, in der heissen Phase des Konflikts in der Ukraine, in der sich der gesamte kollektive Westen im Krieg gegen Russland befindet, dass wir immer noch eine Chance auf einen Sieg haben? Und warum glauben Sie, dass sich der Kalte Krieg in Wirklichkeit in einen heissen Krieg verwandelt hat?

Karaganow: Der Kalte Krieg hat sich tatsächlich in einen heissen Krieg verwandelt, weil wir zu lange gewartet haben. Wir hätten 2018–2019 zuschlagen sollen. Im Jahr 2021 gab es bereits die Covid-Pandemie, die den Krieg vorübergehend ersetzte.

Es ist schon seit geraumer Zeit klar, dass der Westen immer noch einen kalten Krieg gegen uns führt – und wir haben auf etwas gewartet. Vielleicht waren wir dabei, an Stärke zu gewinnen. Vielleicht haben wir die Tiefe unserer Differenzen nicht ganz verstanden. Vielleicht hofften wir, zu einer Einigung zu kommen. Einige wollten ihr Kapital oder ihre Position im Westen bewahren. Hätten wir früher gehandelt, hätte vielleicht ein bewaffneter Konflikt – offen und in grossem Stil – vermieden werden können. Aber nun ist es so gekommen, wie es gekommen ist. Ich denke, diese Art von Konflikt ist ein Versagen meiner Generation, denn wir hätten einen offenen Krieg in Europa vermeiden können, der sich wahrscheinlich erst in der Anfangsphase befindet. Wir hätten früher und entschlossener handeln müssen. Wir haben zu lange beschwichtigt, gehofft und geglaubt.

Was unsere Chance auf einen Sieg angeht, so ist sie gross. Vor allem aber hat diese Militäroperation meiner Meinung nach das innere Potenzial unserer Gesellschaft stark vorangetrieben. Wir werden immer unabhängiger, entschlossener und souveräner. Ob wir diese Chance nutzen werden, hängt weitgehend von uns selbst ab. Aber die Chance ist da, und wir haben alle Möglichkeiten, sie zu nutzen. Auch wenn es ein sehr langer Kampf ist. Selbst wenn die akute Phase des militärischen Konflikts in der Ukraine vorbei ist, wird die Zeit dieses Erdbebens und der steigenden Flut der Transformation noch anderthalb Jahrzehnte dauern. Daher ist es wahrscheinlich zu früh, um von einem Sieg zu sprechen, aber es besteht durchaus die Möglichkeit, dass wir auf operativer und taktischer Ebene gewinnen können. Das Wichtigste ist jedoch, dass wir den Willen des Westens zur Konfrontation brechen. Dies ist eine Aufgabe auf höherer Ebene. Und sie kann nicht gelöst werden, wenn wir nicht anfangen, den Einsatz deutlich zu erhöhen und uns darauf vorbereiten, die Konfrontation auf eine höhere Ebene zu bringen.

Frage: Welche Position vertrat Russland im Vergleich dazu zu Beginn der militärischen Spezialoperation und zum jetzigen Zeitpunkt? Wir sind uns einig, dass es nirgendwo eine bedingungslose Unterstützung für unser Land gibt. Wer sind also unsere Verbündeten? Warum unterstützt uns niemand offen, so wie der Westen die Ukraine unterstützt? Zum Beispiel China?

Karaganow: Wie ich schon sagte, sind wir der Eisbrecher der neuen Welt und viele Länder machen sich die Tatsache zunutze, dass wir das fünf Jahrhunderte alte Eis der westlichen Vorherrschaft und Beherrschung brechen. Wir kämpfen gegen eine sehr starke, aber schwächelnde und sich zurückziehende Zivilisation. Es ist ein gewaltiger und komplexer Prozess.

Was die Tatsache betrifft, dass wir keine Verbündeten haben, so werden wir, wenn nicht von den Staaten in der UNO, so doch von der Mehrheit der Menschheit unterstützt. Einer weltweiten Mehrheit! Und das ist ganz offensichtlich. Eine andere Sache ist, dass ein bedeutender Teil unserer Elite, die immer noch auf den Westen und auf einige Interessen im Westen fixiert ist, nicht verstehen will, dass wir auf absehbare Zeit mit ihm abgeschlossen haben, und dies Gott sei Dank! Wir haben dem Westen und Europa alles genommen, was wir konnten, und nun könnten wir von dort nur noch zusätzliche Probleme oder Infektionen in Form dieser neuen ideologischen Strömungen bekommen.

Wir haben auch Verluste erlitten. Vor allem in der Wirtschaft – sie liegen auf der Hand, obwohl sie zu unserem Vorteil genutzt werden können. Und auch aussenpolitisch, denn unser Handlungsspielraum hat sich stark eingengt. Als wir zumindest einige Beziehungen zum Westen hatten, hatten wir natürlich eine stärkere Position, zum Beispiel in der Zweier-Beziehung mit China. Jetzt sieht Peking in unserer Paarung natürlich viel stärker aus als noch vor drei Jahren, als wir gemeinsam noch stärker waren. Aber Sie müssen verstehen, dass Russland niemals von China so abhängig werden wird, wie es fast vom Westen abhängig wurde, und zwar aus einem einfachen Grund: Wir haben unterschiedliche kulturelle Codes. Ausserdem ist der genetische Code unseres Volkes die absolute Bereitschaft, für die eigene Souveränität zu kämpfen. Und unsere chinesischen Freunde wissen und respektieren das.

Frage: Glauben Sie nicht, dass Peking seine Probleme auf unsere Kosten löst?

Karaganow: Auch wir lösen unsere Probleme auf Kosten Chinas. Im Übrigen verstecken wir uns auch hinter seinem wirtschaftlich starken Rücken. Können Sie sich vorstellen, was passiert wäre, wenn wir in eine Konfrontation geraten wären, die fast unvermeidlich war, wenn wir China nicht im Rücken gehabt hätten? Und auch China wäre qualitativ schwächer, wenn Russland nicht hinter ihm stünde.

Die Frage, wer wen wie benutzt, ist eine Frage der praktischen Politik und der Diplomatie. Jetzt benutzen wir uns gegenseitig. Eine andere Sache ist, dass in unserer Zweier-Beziehung, ich glaube, ich wiederhole mich, vor drei Jahren Russland eine stärkere Position hatte als China, weil China bereits in eine harte Konfrontation mit den USA verwickelt war, während Russland als deren Schutzschild fungierte. Jetzt befinden wir uns selbst in einer Konfrontation, so dass wir natürlich stärker von China abhängig sind und auf die militärischen und politischen Ressourcen des Westens zurückgreifen. China nutzt dies, um seine Kräfte für einen entscheidenden Kampf zu stärken.

«Es ist ein gewaltiger Umbruch, wie wir ihn bisher noch nicht gesehen haben.»

Frage: Im Oktober 2022 schrieben Sie: «Wir leben in einer gefährlichen Zeit, am Rande eines vollwertigen dritten Weltkriegs, der die Existenz der Menschheit beenden könnte. Aber wenn Russland gewinnt, was mehr als wahrscheinlich ist, und der Konflikt nicht zu einem ausgewachsenen Atomkrieg eskaliert, sollten wir dann die kommenden Jahrzehnte nicht als eine Zeit des gefährlichen Chaos betrachten (wie die meisten es im Westen sagen)?» Glauben Sie das jetzt auch? Droht uns immer noch ein dritter Weltkrieg? Und ein Atomkrieg?

Karaganow: Wir sind immer noch davon bedroht, und zwar für eine sehr lange Zeit, denn wie ich schon sagte, bricht ein gewaltiges Erdbeben aus, ein riesiger Kontinent der westlichen Zivilisation geht unter. Es ist ein gewaltiger Umbruch, wie wir ihn bisher noch nicht gesehen haben, und diese Zivilisation ist immer noch eine der Grundlagen der heutigen Weltordnung.

Wir befinden uns in einer sehr gefährlichen Zeit. Die Hauptquelle der Gefahr ist sicherlich nicht so sehr der Westen selbst, und ich möchte mich nicht denen anschliessen, die ihm ständig alles vorwerfen, sondern

die Situation im Westen. Dort gibt es eine vielschichtige, tiefgreifende, moralische, wirtschaftliche und politische Krise.

Die Eliten verlieren an Macht. Es ist eine ziemlich beängstigende Situation, in der die Eliten auf eine Eskalation der Beziehungen und sogar auf Krieg gesetzt haben – in einem verzweifelden Versuch, die Geschichte anzuhalten.

Der Rubikon ist also noch lange nicht überschritten. Wenn es so weitergeht, schliesse ich nicht aus, dass es nach einiger Zeit zu Verhandlungen oder einem Waffenstillstand kommt, aber es ist immer noch wahrscheinlich, dass die Konfrontation weiter zunimmt. Die Hauptaufgabe besteht darin, den Westen zum Rückzug zu zwingen und einen bescheideneren Platz im Weltsystem einzunehmen.

Frage: Sie haben den Waffenstillstand erwähnt. Es gibt immer mehr Menschen, die sich für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts einsetzen wollen. Glauben Sie, dass Russland und die Ukraine zu einem Frieden gezwungen werden können? Zu welchen Bedingungen ist das möglich?

Karaganow: Wir befinden uns in einem Krieg, der als spezielle Militäroperation bezeichnet wird. Ich denke, das Ergebnis ist letztlich eine programmierte Sache: Ein Sieg für Russland. Aber der Preis für dieses Ergebnis könnte sehr hoch sein – und der Zeitraum sehr lang.

In diesem Kampf zwischen Russland und dem Westen – in der Ukraine und nicht nur dort – wird es Friedensverhandlungen geben, man wird so tun, als ob man verhandelt. Aber es ist sehr wahrscheinlich, dass es zu weiteren Konflikt-Verschärfungen kommen wird. Meine Befürchtung ist, dass die Konfrontation noch weiter eskalieren wird. Aber mir scheint, die einzig mögliche Lösung für das Problem, mit dem wir konfrontiert sind, besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Ukraine keine antirussische Einheit mehr ist und dass der Wille des Westens zur Konfrontation gebrochen wird. Dies ist ein sehr schwieriger Prozess.

Friedensverhandlungen sind möglich, und natürlich würde ich mir wünschen, dass die Ukraine die weisse Fahne hochhält und zu einem friedlichen, mit Russland befreundeten Staat wird. Obwohl ich das stark bezweifle, einfach aufgrund der Tatsache, dass es sich bereits um ein gescheitertes Staatsgebilde in einer akuten und tiefsten Krise handelt. Es ist eine Weimarer Republik, die sich ebenfalls im Krieg befindet. Die Weimarer Republik, aus der, wie wir wissen, der Hitlerismus hervorging.

Frage: Und was soll Russland tun, wenn es einen allgemeinen Plan zur Beilegung des Konflikts gibt, der in einem Übereinkommen zwischen den USA und China ausgearbeitet wurde? Wie schätzen Sie ganz allgemein die Chancen einer solchen Situation ein?

Karaganow: Im Allgemeinen möchte ich, wie jeder normale Mensch, keinen Krieg, da ich weiss, dass Krieg, selbst ein gerechter und unvermeidlicher Krieg, wie in unserem Fall, Leid, Zerstörung und Tod bringt. Das ist die erste Sache. Die zweite Sache ist: Wenn wir uns auf etwas einigen können, sollten wir versuchen, das Ausmass der Konfrontation zu verringern, und zwar vor allem das Ausmass des menschlichen Leids. Aber ich wiederhole, das Problem zwischen Russland und dem Westen kann nur auf zwei Arten gelöst werden: dadurch, dass die Ukraine aufhört, ein Anti-Russland-Land zu sein (die Ukraine oder ein Teil davon kann als russlandfreundliche Einheit durchaus bestehen bleiben); und zweitens durch das Brechen des Willens des Westens, sich verzweifelt zu wehren, den er in den letzten Jahren unter Beweis gestellt hat, und jetzt, da er erkennt, dass er seine Position der fünfhundertjährigen Hegemonie in der Welt verliert, die ihm die Möglichkeit zur kulturellen und politischen Vorherrschaft eröffnet hat und, was vielleicht am wichtigsten ist, die es ihm ermöglichte, die weltweite Wirtschaft zu seinen Gunsten wachsen zu lassen. Diese Zeit ist vorbei, und sie findet direkt vor unseren Augen statt. Natürlich sind die Ungleichheiten immer noch sehr gross und stark, aber die Ströme des globalen Reichtums haben begonnen, aus dem Westen abzufließen. Und das macht seine herrschende Klasse wütend.

Frage: Warum glauben Sie, dass Russland nach dem Besuch von Xi Jinping in Moskau im Februar 2023 nicht mit China über dessen Friedensplan einig geworden ist? Hat der von China vorgeschlagene Plan Russland nicht gefallen?

Karaganow: Sie müssen den Plan lesen. Er ist positiv, aber er enthält nichts Konkretes. Er ist für alles Gute und gegen alles Schlechte. Ich weiss nicht, was Wladimir Putin und Xi Jinping in privaten Gesprächen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vereinbart haben, aber ich denke, sie haben es getan und es gibt jetzt ein langes Spiel mit der Diplomatie, in das ich nicht eingeweiht bin, das aber meiner Meinung nach viele interessante Wendungen haben wird. Natürlich wird der Besuch des chinesischen Sondergesandten, unseres grossen Freundes Botschafter Li Hui, in Kiew oder in Moskau Aufmerksamkeit erregen, aber wir müssen viel tiefer gehende politische, diplomatische, intellektuelle und wirtschaftliche Prozesse betrachten.

Frage: Wie lautet Ihre allgemeine Prognose für den Ukraine-Konflikt? Die Amerikaner sagen, dass bis zum Spätherbst endlich alles klar und irgendwie gelöst werden sollte. Henry Kissinger hat sich mit seinen Prognosen dieser Ansicht angeschlossen. Wir unsererseits attackieren nicht, wir warten sozusagen auf eine ukrainische Gegenoffensive, wie man so schön sagt. Wir scheinen alle abzuwarten. Was wird das Ergebnis all dieser Erwartungen sein? Wird der Konflikt eingefroren und die Ukraine nach dem koreanischen Vorbild aufgeteilt? Oder werden wir bis zum Sieg kämpfen? Und wie würde der Sieg in diesem Fall aussehen?

Karaganow: Ich habe grossen Respekt vor Henry Kissinger, ich halte ihn für den Besten in unserem Metier, aber ich bin sehr enttäuscht, dass er versucht, einen Aufstand zu machen. Er weiss nicht, wovon er spricht.

Und ich weiss nicht, was wirklich passieren wird. Ich weiss, dass das, was ich gesagt habe, eintreten wird, wenn wir den Willen haben, zu kämpfen und zu gewinnen. Die Ukraine wird aufhören, ein antirussischer Staat zu sein, und der Westen wird sich zurückziehen.

Aber der Weg dorthin wird ein sehr langer und harter Kampf sein: Der Kampf darum, unser Land anders zu machen, viel stärker und gerechter, viel selbstbewusster und respektierter in der Welt. Und schliesslich ein Land, das viel mehr Verantwortung für seinen eigenen Wohlstand übernimmt. Natürlich ein Land mit einer erneuerten Elite, mit erneuerter Technologie, ein Land, dessen wirtschaftliches, politisches und intellektuelles Zentrum sich in den Ural und nach Sibirien verlagern wird. Wir müssen uns in den Osten verlagern. Geistig, wirtschaftlich, politisch, denn im Westen stecken wir fest, was eine unserer grundlegenden Schwächen und einer der Gründe für unsere Schwierigkeiten in den letzten vierzig bis fünfzig Jahren ist. Wir müssen uns auf eine neue Grenze zubewegen, uns auf eine weltweite Mehrheit zubewegen, um uns von dem Westen zu lösen, der uns zurückzieht.

Der Ukraine-Konflikt ist meiner Meinung nach auch deshalb gefährlich, weil wir uns in einer sinnlosen westlichen Richtung verzetteln und versuchen zu verhandeln, wo es doch niemanden gibt, mit dem wir verhandeln können. Und ich glaube nicht, dass es, mindestens im nächsten Jahrzehnt, etwas zu verhandeln geben wird, auch wenn wir so tun können, als ob wir verhandeln würden. Dort fallen die Dinge in sich zusammen. Und gegenüber dem Westen sehen wir jetzt viel stabiler und stärker aus als noch vor zwei oder drei Jahren.

Frage: Sie sagen, wir haben einen langen und harten Kampf vor uns. Haben wir die Kraft dazu, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht? Sowohl der Präsident als auch die Wirtschaft sagen, dass wir bereits jetzt überall einen Mangel an Arbeitskräften haben. Es mangelt an jungen Menschen. Es gibt zu viele Menschen, die umgesiedelt werden.

Karaganow: Das ist ein Problem für jedes Unternehmen und jede Institution. Wir müssen starke und neue Leute finden und ausbilden. Wir müssen die Menschen umschulen, ihnen die Hände frei machen. Jetzt läuft ein Prozess neuer Kreationen. Und die Tatsache, dass viele Menschen sich beklagen, ist nun mal schwierig in einer Ära des Wandels.

Aber auch für die Wirtschaft ist dies eine vielversprechendere Ära, denn es eröffnen sich enorme neue Möglichkeiten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Wenn ich ein junger Mann gewesen wäre, wäre ich jetzt sicherlich im Geschäft. Ich musste es in den 1990er Jahren tun, um meine Institute zu retten, die ich gegründet und geleitet habe. Jetzt bin ich schon lange nicht mehr dabei, aber ich sehe, dass die Möglichkeiten in diesem Bereich enorm sind. Neue Nischen und neue Horizonte tun sich auf. Ich beneide die jungen Leute, die jetzt ins Geschäft einsteigen.

«Die Hauptsache ist, dass wir menschlich bleiben.»

Frage: Es wird viel über De-Globalisierung und den Aufbau einer neuen Welt gesprochen. Was glauben Sie, wie diese aussehen wird? Wird sie bipolar (USA und China) oder multipolar sein? Wenn letzteres, wer werden die neuen Machtpole sein? Hat Russland das Potenzial (abgesehen vom militärischen), dies zu tun?

Karaganow: Vor vierzig, fünfzig, aber auch vor zwanzig Jahren glaubten die meisten Menschen, dass die Welt auf etwas Einheitliches und Globales zusteuert. Im Westen und viele von uns träumten von einer Weltregierung, einem globalen Machtsystem, das auf transnationalen Unternehmen und internationalen nicht-staatlichen Organisationen beruht. In Davos (am WEF) gibt es dazu immer noch viel Blabla. Aber das ist eher wie eine komische Oper.

Die Welt steuert auf eine neue Souveränität zu. Es wird eine Welt mit einer grossen Anzahl von Staaten sein. Eine Welt mit grosser Mobilität. Eine Welt, die viel freier ist als heute und viel bunter, mit viel mehr Möglichkeiten. Es wird keine bipolare Welt geben. Man könnte sie multipolar nennen, aber ich würde sie vielfarbig und multidimensional nennen.

Im Allgemeinen gefällt mir die Welt, zu der wir kommen werden, wenn wir einen weltweiten thermonuklearen Konflikt vermeiden, was leider immer noch denkbar ist. Ich werde diese Welt wahrscheinlich leider nicht mehr erleben, aber das Bild gefällt mir sehr gut. Ich beneide die Menschen, die jetzt jung sind, die gerade geboren werden. Sie werden in einer sehr interessanten Welt leben. Aber es gibt viele Gefahren, die sie erleben werden. Eine davon ist der Verlust menschlicher Werte, den wir jetzt massenhaft im Westen erleben. Die Hauptsache ist, dass wir menschlich bleiben. Dafür wird übrigens auch jetzt gekämpft, auch in der Ukraine. Wir wollen, dass die Menschen menschlich bleiben und nicht zu Untermenschen werden.

Frage: In diesem Zusammenhang ist die Frage der Gerechtigkeit sehr wichtig und grundlegend. Der Westen sagt, dass Russland mit seiner Aggression gegen einen Mitgliedstaat der UNO, die es selbst anerkannt hat, nicht nur das Völkerrecht verletzt hat, sondern auch alle moralischen Grundsätze der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Es zerstört Städte und bringt Leid über die Menschen. Deshalb ist Russland der Inbegriff der Ungerechtigkeit. Wir aber sagen: «Nein, Leute, ihr habt in der Ukraine ein hasserfülltes, faschistisches Regime mit seiner ungerechten und hässlichen Einteilung der Menschen in «Richtig und Falsch» geschaffen, wo letztere der Vernichtung und allen Arten von Diskriminierung ausgesetzt sind.» Das heisst, beide Seiten verwenden das gleiche Wort in ihrer Interpretation der Situation. Glauben Sie, dass die neue Welt gerechter sein wird, und was ist unter dem Wort «Gerechtigkeit» zu verstehen?

Karaganow: Gerechtigkeit sollte in erster Linie als Wahlfreiheit für die Völker verstanden werden, als Freiheit der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Wahl. Natürlich bedeutet Gerechtigkeit auch eine viel gleichmässigere Verteilung des Reichtums in der Welt. Der gegenwärtige Kapitalismus ist hässlich, auch der unsere. Obwohl ich hoffe, dass er durch diesen Konflikt weniger hässlich wird. Es findet eine Umverteilung des Reichtums innerhalb des Landes an Menschen statt, die es mehr verdienen – Wissenschaftler, Militärs, Ingenieure, Familien mit Kindern – und dieser Prozess wird weitergehen.

Was diesen Konflikt betrifft, so sind wir dabei, das westliche Joch abzuschütteln. Der Westen hat die ganze Welt unterdrückt, ausgebeutet, getötet, zerstört. Man kann stundenlang über die Schrecken der letzten fünf-hundert Jahre westlicher Vorherrschaft sprechen. Daraus sind schliesslich zwei Weltkriege entstanden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch der Nazismus, eine völlig menschenfeindliche Ideologie, im Westen geboren wurde, wo er gerade jetzt wieder genährt wird. Auch der Kommunismus wurde dort geboren. Ich setze ihn nicht mit dem Nationalsozialismus gleich, denn er ist immerhin eine viel humanere Ideologie. Ausserdem wurde der Kommunismus von der Sowjetunion gepredigt, die gewonnen, während der Nazismus verloren hat.

Der Liberalismus ist etwas Ähnliches wie diese beiden «-ismen», und auch er wird nun, so hoffe ich, in den tiefen Schatten der Geschichte zurücktreten. Jetzt bewegen sich die Länder, die ihn predigen oder sich ihm beugen, schnell in Richtung Totalitarismus, Faschismus, Abschaffung der Kultur.

Russophobie ist nur deshalb besser als Antisemitismus, weil Russland etwas hat, womit es sich verteidigen kann, während die Juden keine solche Möglichkeit hatten.

Frage: Wenn jetzt ein Frieden unterzeichnet wird, wird er dann nicht wie der Frieden von Versailles sein, der den Menschen nicht den Frieden und die Stabilität gebracht hat, die sie wollten, sondern nur zu einem weiteren grossen Krieg geführt hat?

Karaganow: Deshalb sage ich, dass dieser Frieden letztendlich genau unter den Bedingungen erreicht werden muss, die ich genannt habe, d.h. dass der Wille des Westens zur Expansion und zur Konfrontation gebrochen werden muss. Das ist die erste Bedingung. Das zweite ist eine vollständig entmilitarisierte und entnazifizierte Ukraine, d.h. ein völlig anderes Land als das, was es jetzt ist. Nicht antirussisch! Dann wäre der Frieden gerecht. Wir schlagen einen solchen Frieden schon seit vielen Jahren vor. Aber unsere Bitten, Angebote und Forderungen wurden abgelehnt. Leider hat diese Politik zu einem offenen Zusammenstoss geführt, der sich gerade erst entfaltet.

Die meisten von uns stehen noch im ideologischen Schatten des Westens. Ich lese aber auch östliche Zeitungen, Indien, China, und dort ist das Bild der Welt ein völlig anderes. Wir sehen eine schrumpfende und zerfallende, aber immer noch sehr mächtige Zivilisation, und es gibt neue Zivilisationen, die aufsteigen und aufblühen. Lassen Sie uns dorthin blicken.

Frage: Wird es dazu kommen, dass sich die USA mit China einigen und die Welt in zwei Pole aufteilen, die allen anderen die Bedingungen diktieren werden? Gleichzeitig wird die Hegemonie der USA abnehmen, aber der Einfluss des östlichen Partners wird sich ausweiten. Stehen wir in diesem Fall auf der Seite des Westens oder des Ostens? Werden wir uns mit einem solchen Arrangement zufriedengeben – um erneut an der Peripherie eines der Machtzentren zu sein?

Karaganow: Wir werden mit uns selbst sein. Glücklicherweise ist diese Frage, die Sie aufwerfen, nicht mehr aktuell. Früher, in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren, gab es die Möglichkeit, dass wir mit dem Westen gehen. Der hat diese Möglichkeit verworfen und unsere Zukunft grundlegend unterminiert. Dieses Fenster der Möglichkeiten ist nun geschlossen. Russland wird niemals ein Satellit eines anderen Landes werden. Das ist im Prinzip unmöglich. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: All die Leute, die so etwas sagen, sehen nicht, wohin sich die Welt entwickelt. Neue Kontinente, Zivilisationen, Zentren entstehen. Wie kann China diese im Entstehen begriffene Welt beherrschen, wenn es daneben ein grosses Indien, ein grosses Russland, ein grosses Persien, eine grosse Türkei und schliesslich starke Araber geben wird? Eine solche Situation ist unmöglich! Vielleicht werden sich einige Teile Europas um die Vereinigten Staaten von Amerika scharen, aber ich bin mir sicher, dass in zehn Jahren auch Teile eines zerfallenden Europas nach Osten gehen werden. In Ungarn, in vielen politischen und wirtschaftlichen Strömungen in Europa ist das bereits zu beobachten. Dies ist nur der Anfang. Deshalb ist es möglich, dass die USA mit einer Gruppe ihrer Satelliten hinter dem Rest der riesigen Welt zurückbleiben, in der es keinen Hegemon mehr geben wird. China kann niemals ein Hegemon in dieser Welt sein.

Frage: Sie sagen, dass Sie die chinesische Presse lesen und dass diese eine ganz andere Vision der heutigen Welt und ihrer Zukunft haben. Wie sehen sie das?

Karaganow: Sie haben eine Vision, ungefähr so, wie ich sie habe. Ich möchte aber nicht meine Ideen mir zuschreiben und ihre ihnen, aber Hindus, auch wenn es pro-westliche und anti-chinesische Hindus gibt, sind dennoch sehr realistisch und haben eine äusserst interessante Sicht auf die moderne Welt. In Russland leidet unsere Intelligenz immer noch an einem physiologischen Defekt – wir betrachten die Welt mit westlichen Augen, obwohl wir selbst in eine völlig andere Welt gehen. Dieser Defekt ist ein Zeichen für intellektuelles Elend.

Frage: Um es kurz zu machen: Was ist ihre Vision? Was sehen sie für die Zukunft?

Karaganow: Viele Machtzentren, eine viel freiere Wahl der Völker, ein Abwerfen des westlichen Jochs, das fünf Jahrhunderte lang über sie geherrscht hat, ein unabhängiger Weg der Entwicklung.

Allerdings gibt es auch in diesen Ländern unterschiedliche Eliten. Es gibt Kompradoren-Eliten, und es gibt auch dort innere Kämpfe. Aber in diesen Ländern, in Arabien, in der Türkei und in Indien sind die Ansichten völlig anders als die, die zumindest bis vor kurzem von den meisten russischen Intellektuellen vertreten wurden. Auch diese Gewohnheit, die Welt mit westlichen Augen zu betrachten, scheint mir ein Zeichen intellektueller Erbärmlichkeit zu sein.

Frage: Sie sagen, dass wir niemals der Satellit von jemandem werden, der von einem Machtzentrum kontrolliert wird. Aber was haben wir selbst der Welt zu bieten? Was ist unser besonderer Weg?

Karaganow: Zunächst einmal sollten wir darüber nachdenken, was wir uns selbst zu bieten haben, und dann darüber, was wir dem Rest der Welt anbieten. Ich glaube, dass dies für Russland der Weg der Souveränität, der Weg der nationalen Freiheit, der Weg der Gerechtigkeit ist. Die Welt Russlands ist die Welt der normalen Menschen, die ihr Land, ihre Familie, ihre Geschichte und die Menschen um sie herum lieben. Ob sie an Gott glauben oder nicht, aber sie glauben an die hohe Bestimmung des Menschen. Russland hat die reichste Kultur, mächtige Streitkräfte. Russland ist eine kriegerische Nation, die dem Westen die Grundlage für seine Dominanz in Politik, Wirtschaft, Militär und Kultur entzogen hat. Wir werden diese Wahlfreiheit für Länder und Völker weiterhin unterstützen.

Wir sind ein Land, das den Menschen, Ländern und Nationen Befreiung bringt.

Frage: Was ist unsere Ideologie? Muss sie übrigens genau ausformuliert werden, wie sogar der Leiter des Ministeriums in letzter Zeit angedeutet hat? Und was könnte sie beinhalten? Werden traditionelle Werte diesen Platz einnehmen?

Karaganow: Ich habe Ihnen eine mögliche neue Ideologie so ungefähr beschrieben. Sie ist absolut durchschaubar. Diese Ideologie ist notwendig. Diejenigen, die sich ihr widersetzen, sind entweder dumm oder haben etwas zu verbergen. Eine wichtige Sache ist, dass wir keine verbindliche Ideologie brauchen. Eine Ideologie muss in Auseinandersetzungen und Kämpfen geboren werden, aber eine Ideologie des Patriotismus und der nationalen Grösse, des Multikulturalismus und der kulturellen Offenheit – das ist die grösste Errungenschaft Russlands. Wir brauchen diese Ideologie ganz klar, und sie ist im Prinzip vorhanden. Man kann sie in den Reden des Präsidenten und in den Werken vieler Intellektueller nachlesen. Bisher sind sie aber aus Gründen, die ich nicht ganz verstehe, nicht bereit, sie im Detail zu formulieren oder für sie zu werben. Obwohl viele seiner Elemente bereits aufgetaucht sind. Zum Beispiel in der aussenpolitischen Doktrin Russlands. Mir gefällt es nicht, dass wir auf der mittleren Ebene von politischen Technokraten oder vulgären Materialisten regiert werden, für die «Geld das Böse besiegt». Wir brauchen Menschen mit Geist und Tatkraft, die auf die Zukunft ausgerichtet sind.

Frage: Glauben Sie, dass es möglich und sinnvoll ist, eine Diskussion über diese neue Ideologie mit den föderalen Subjekten, mit Tatarstan, dem Kaukasus, dem Ural, mit den Moskowitern zu beginnen? Was uns eint, welche Werte, welche Zukunft – das alles auf der Grundlage einer Art Konsens zu formulieren?

Karaganow: Natürlich muss dies getan werden. Was mich ärgert, ist, dass ein bedeutender Teil unserer Führung sich dem verweigert und widersetzt. Die grundlegenden Postulate einer solchen neuen Ideologie sind ziemlich klar. Es geht um die Freiheit der Nationen, die kulturelle Offenheit, die Achtung der Souveränität, der Geschichte und der Vorfahren, eine gerechte internationale Weltordnung, das Vertrauen in eine gerechte Macht und natürlich die Liebe zum Vaterland und die Nächstenliebe. Dies ist die Grundlage der Orthodoxie und auch anderer Religionen. Das ist die Grundlage des Mensch-Seins.

Frage: Das heisst, es muss etwas für den Konsens in der Gesellschaft getan werden, dafür, dass die Menschen sich geistig und spirituell auf etwas einigen?

Karaganow: Das muss ständig geschehen, aber dafür ist unter den Bedingungen unseres politischen Systems ein systematisches Signal von oben nötig. Das kommt leider nicht. Noch nicht.

Zum Originalartikel in russischer Sprache. Die Übersetzung aus dem Russischen besorgten Anna Wetlinska und Christian Müller, mit Wort für Wort geprüfter, korrigierter und präziserer Übernahme der Deepl.com-Übersetzung. Die beiden Zwischenüberschriften hat Christian Müller eingesetzt.

Zum Kommentar des Russland-Spezialisten Gilbert Doctorow zum vielkritisierten Artikel von Sergej Karaganow auf der Schweizer Plattform «Seniors.org»

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-soll-die-welt-aussehen-fuer-die-sich-russland-einsetzt/>

Alexei Nawalny: Die tatsächliche Geschichte

Veröffentlicht am 17. Juni 2023 von Maren Müller

Dieser Beitrag erschien am 1. Juni 2023 auf «The Postil» unter dem Titel: «Alexei Nawalny: The Real Story» und wurde mit deren freundlicher Genehmigung übersetzt. <https://www.thepostil.com/alexei-navalny-the-real-story/>

Wir freuen uns über die Gelegenheit, mit Oberst Jacques Baud über Alexei Nawalny zu sprechen, einem Mann, der im Westen als «Held» angepriesen wird. Oberst Baud stellt den Sachverhalt klar.

The Postil (TP): Nachdem nun der Dokumentarfilm Nawalny mit einem Oscar ausgezeichnet wurde und Ihr eigenes hervorragendes Buch (The Navalny Case: Conspiracy to Serve Foreign Policy (1)) alles, was dieser Dokumentarfilm als «Wahrheit» darstellt, rigoros untergräbt, bitten wir Sie, uns dabei zu helfen, diesen «Mythos» von Alexej Nawalny zu verstehen und einzuordnen. Was fasziniert den Westen an Alexej Nawalny?



Alexei Nawalny: Die tatsächliche Geschichte – 1. Juni 2023 Jacques Baud

Jacques Baud (JB): Wie andere vom Westen ausgewählte Charaktere (etwa Juan Guaidó in Venezuela oder Svetlana Tikhonovskaya in Weissrussland) vermittelt er das Bild einer neuen gut aussehenden, jüngeren und dynamischeren Führung. Er ist in den sozialen Netzwerken sehr präsent und hat dort die überwiegende Mehrheit seines Publikums. Damit spricht er ein junges Publikum (hauptsächlich 15–30 Jahre alt) an, welches sehr einflussreich und sensibel für westliche Propaganda in sozialen Netzwerken ist. Wie seine venezolanischen und weissrussischen Amtskollegen verfügt er über keine wirkliche Erfahrung in der Politik.

Ein anspruchsvolleres Publikum empfindet dies als Nachteil, ein jüngeres Publikum hingegen meint zu erkennen, dass er mit dem politischen System keine «Kompromisse» eingegangen ist.

In Russland ist er ausserhalb der grossen Städte wie Moskau und St. Petersburg relativ unbekannt. Generell ist die russische Öffentlichkeit anspruchsvoller als die westliche und traditioneller in ihren Vorlieben. Deshalb spricht er ein politisch wenig aktives Publikum an. Im Westen haben wir eine völlig falsche Vorstellung von seiner Bedeutung auf der innenpolitischen Bühne. Wie bei Juan Guaidó überschätzt der Westen die Unterstützung der Bevölkerung für diese marginale Opposition.

Für die Vereinigten Staaten besteht der Vorteil der Auswahl von Herausforderern, die der breiten Öffentlichkeit unbekannt sind, darin, dass es einfacher ist, Mythen zu schaffen. Heutzutage gibt es im Westen – insbesondere in der Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen – Menschen, die über sehr wenig allgemeine Kultur, keine Erfahrungen im wirklichen Leben, nicht das geringste Wissen über fremde Kulturen verfügen, Menschen, die die Welt über Instagram sehen. Besonders in den Vereinigten Staaten erkennt man, dass es nicht schwer ist, Helden künstlich zu erschaffen, wenn man sieht, wie jeder Influencer kollektive Hysterien auslösen kann.

Die westlichen Medien präsentieren Nawalny als «Führer» der Opposition in Russland. Allerdings erkannten selbst die Faktenprüfer der sehr Atlantisch eingestellten französischen Zeitung «Libération», dass er einfach nur der sichtbarste Gegner ist (2). Nawalny ist Teil der sogenannten «aussersystemischen» Opposition, die sich aus kleinen Gruppen zusammensetzt, die oft an den Extremen des politischen Spektrums angesiedelt sind und zu klein sind, um Parteien zu gründen.

Im Jahr 2010 wurde Navalny auf Empfehlung von Garry Kasparov in die Vereinigten Staaten eingeladen, um am Yale World Fellows Programm teilzunehmen. Hierbei handelt es sich um ein 15-wöchiges, nicht studienbegleitendes Ausbildungsprogramm an der Yale Universität, das ausländischen Staatsangehörigen angeboten wird, die von US-Neokonservativen als «zukünftige Führungskräfte» in ihren jeweiligen Ländern identifiziert werden. Es ist seine einzige Referenz und seine einzige wirkliche «Leistung».

In Russland setzt sich Nawalny für die Rechte von Kleinaktionären in Grossunternehmen ein. Er gründete einen Antikorruptionsfonds (FBK), der ihm im Westen Sympathie, in Russland aber auch grosses Misstrauen einbrachte. Denn seine Anschuldigungen gegen russische Persönlichkeiten scheinen eher politisch als faktenbasiert zu sein. 2014 wurde er daher wegen Verleumdung des Duma-Abgeordneten Alexej Lisowenko verurteilt (3).

Im Jahr 2016 liess die Staatsanwaltschaft der Schweizerischen Eidgenossenschaft eine von Alexej Nawalny zu Unrecht eingereichte Klage gegen Artjom Tschaika, den Sohn des russischen Generalstaatsanwalts Juri Tschaika, fallen. (Im Jahr 2020 wurde eben jener Juri Tschaika, Generalstaatsanwalt Russlands, von

Wladimir Putin wegen Korruptionsverdachts seines Amtes enthoben, ohne dass es offensichtliche Verbindungen zum Fall seines Sohnes gab.) Im Jahr 2017 reichte der russische Milliardär Alischer Usmanow eine Klage gegen Nawalny wegen Verleumdung (4) ein und gewann (5). 2018 verlor Nawalny dann eine Verleumdungsklage gegen den Geschäftsmann Michail Prochorow (6).

TP: Wie gut ist Nawalny mit westlichen Machthabern vernetzt?

JB: Nawalny und seine Organisation werden grösstenteils von ehemaligen russischen Magnaten wie Michail Chodorkowski finanziell unterstützt. Darüber hinaus ist die Nawalny-Affäre Teil eines von den USA geführten Einflussprogramms, das Ressourcen des NATO-Center of Excellence on Strategic Communication (7), der Integrity Initiative des Vereinigten Königreichs, des US National Endowment for Democracy (NED) und anderer erhalten, wie Conspiracy Watch in Frankreich.

Die Integrity Initiative wurde nach der Ukraine-Krise 2014 gegründet und im November 2018 bestätigte die britische Regierung, dass sie diese finanziert (8). Es steht unter der Schirmherrschaft des britischen Ausussenministeriums (FCO), das für den Secret Intelligence Service (MI-6) zuständig ist, und des Government Communications Headquarters (GCHQ), welches für die mit dieser Initiative verbundene Cyberkriegsführung zuständig ist. Es wird vom britischen Verteidigungs- und Armeeministerium, dem litauischen Verteidigungsministerium und der NATO finanziert und zielt darauf ab, russische Desinformation in Europa zu bekämpfen.

Die Integrity Initiative nutzt die BBC und Reuters, um ein «offizielles» Narrativ zu fördern, während die Integrity Initiative auf privaten Geheimdienst- und IT-Marketingnetzwerken sowie Agenturen wie Bellingcat basiert und sich auf nationale «Cluster» stützt, die aus Korrespondenten in jedem teilnehmenden Land bestehen. Das NED wurde 1983 gegründet, um einige Aufgaben der CIA zu übernehmen (9), damit diese sich auf «robustere» Aktivitäten konzentrieren konnte. Es handelt sich um eine NGO (eigentlich eine Nicht-Regierungs-Organisation; oder genauer gesagt eine «Quasi-NGO»), die hauptsächlich von der US-Regierung und dem Kongress finanziert wird. Kurz nach seiner Gründung beschrieb die «New York Times» das NED wie folgt:

Auf seiner Website gibt das NED nicht an, wer seine Mittel erhält, aber aus einem Telegramm der US-Botschaft aus Moskau aus dem Jahr 2006 geht hervor (10), dass es Nawalyns Bewegung «Demokratische Alternative» finanziert (11). Eine Analyse der von der Agentur finanzierten Projekte legt nahe, dass Nawalny und seine Mitarbeiter etwa 1,8 Millionen US-Dollar pro Jahr erhalten.

Darüber hinaus twitterte John Brennan, ehemaliger Direktor der CIA, am 9. Oktober 2020:

Stellen Sie sich die Aussichten auf Weltfrieden, Wohlstand und Sicherheit vor, wenn Joe Biden Präsident der Vereinigten Staaten und Alexei Nawalny Präsident Russlands wäre. Wir haben die Hälfte davon bereits geschafft ...

Kurz gesagt: «Wir arbeiten daran!»

Ohne hier auf alle Details einzugehen, interessiert Nawalny als Politiker niemanden, weder im Westen noch in Russland. Ich glaube nicht einmal, dass die Vereinigten Staaten ernsthaft glauben, dass er eine Alternative zu Wladimir Putin sein könnte. In Wirklichkeit ist er nur ein kleines Rädchen in einem grösseren Projekt zur Untergrabung Russlands. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Ziel der Vereinigten Staaten die Desintegration (offiziell: Dekolonisierung) Russlands ist. Die Nawalny-Affäre ist symptomatisch für ein grosses Land (die Vereinigten Staaten), das nicht mehr in der Lage ist, höher als seine Hauptkonkurrenten aufzusteigen und sich darauf beschränkt, diejenigen zu vernichten, die es übertreffen wollen. Tatsächlich ist Nawalny das Symbol der Schwäche der Vereinigten Staaten.

TP: Er hat eine lange Kriminalakte, ist ein verurteilter Schwerverbrecher und sitzt im Gefängnis. Welche politische Fraktion, wenn überhaupt, vertritt Nawalny in der politischen Szene Russlands?

JB: Politisch ist sein Image nicht sehr rosig. 2007 wurde er wegen seiner regelmässigen Teilnahme am ultranationalistischen «Russischen Marsch» und seiner «nationalistischen Aktivitäten» (12) mit rassistischen Tendenzen aus der Mitte-Rechts-Partei «Jabloko» ausgeschlossen. Er ist ein Aktivist für ultranationalistische Anliegen. Damals drehte er ein Video, in dem er wortgewandt die Erschiessung tschetschenischer Migranten in Russland nachahmt (13).

Im Oktober 2013 unterstützte (14) und ermutigte (15) er die Rassenunruhen in Birjuljowo und kritisierte die «Horden legaler und illegaler Einwanderer» scharf. Im Jahr 2017 behauptete das progressive amerikanische Medienunternehmen Salon (16): «Wenn er Amerikaner wäre, würden die Liberalen Nawalny weitaus mehr hassen als Trump oder Steve Bannon.» Ebenfalls 2017 bezeichnete ihn das linke amerikanische Medienunternehmen Jacobin sogar als «russischen Trump» (17). Tatsächlich ist er, wie das American Foreign Policy Magazine der American University of Princeton im Dezember 2018 feststellte, dank rechtsextremer Gruppen prominent geworden und seine Ideen ähneln eher dem, was im Westen als «Populist» (18) bezeichnet wird. Ich schlage vor, dass Sie sich dieses ausgezeichnete Interview mit zwei russischen linken Aktivisten von Aaron Maté von «The Grayzone» ansehen (19), was die Kluft zwischen der Realität und dem verdeutlicht, was unsere Medien über Nawalny sagen.

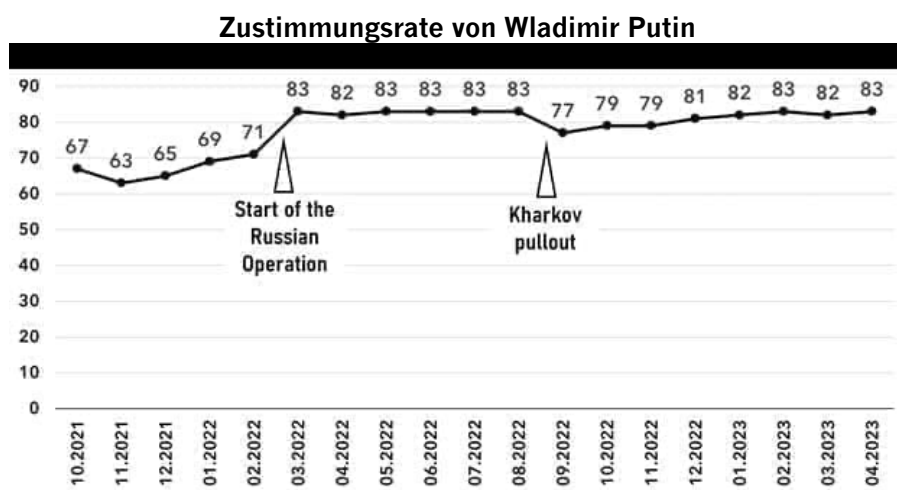


Abbildung 1 – Der Beliebtheitswert von Wladimir Putin ist seit Februar 2022 relativ stabil geblieben. Nach dem Abzug der russischsprachigen Streitkräfte aus der Region Charkow im September war ein Wendepunkt zu beobachten. Generell unterstützt die russische Bevölkerung das Vorgehen seiner Regierung.

Natürlich deuten unsere Medien darauf hin, dass es «einen ersten Nawalny» gab und dass er sich seitdem verändert hat (20). So behauptete ein Schweizer Journalist im Februar 2021 in einer Nawalny gewidmeten Fernsehsendung, dass «von seinen ultranationalistischen Anfängen und seinen ausländergefeindlichen Erklärungen in Nawalny fast nichts mehr übrig ist.» Das ist reine Desinformation.

Schon im April 2017 sagte Nawalny der britischen Zeitung «The Guardian», dass er seine Meinung nicht geändert habe (21). Im Oktober 2020 fragte ihn ein Journalist des deutschen Magazins «Der Spiegel» (22): «Eine Partei hatte Sie wegen Ihrer Teilnahme an einem russisch-nationalistischen Aufmarsch in Moskau ausgeschlossen. Haben sich Ihre Ansichten inzwischen geändert?» Nawalny antwortete: «Ich habe die gleichen Ansichten wie damals, als ich in die Politik ging.»

Um Wladimir Putin besser zu dämonisieren, behauptet der Westen, dieser sei ein Nostalgiker der UdSSR und hält an einer Verwechslung zwischen dem heutigen Russland und der UdSSR des Kalten Krieges fest. Diese Verwirrung ermöglicht es, die Tatsache zu verbergen, dass die grösste Opposition gegen Wladimir Putin (wenn auch gemässigt) die Kommunistische Partei ist. Darüber hinaus erinnere ich Sie hier daran, dass zur UdSSR auch die Ukraine gehörte, und dass die sowjetischen Führer, die die meisten Verbrechen begingen (wie Josef Stalin, Leo Trotzki, Moisei Uritsky, Genrikh Yagoda oder Lawrentiy Beria), weder der russischen noch der orthodoxen Kultur angehörten.

Es wird versucht, Nawalny aufgrund seiner Überzeugungen und seines politischen Einflusses als Opfer des russischen «Regimes» darzustellen. Das französische Radio «France Internationale» gibt an, dass ihm aus politischen Gründen die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2018 untersagt wurde. Das ist falsch. Tatsächlich sind die Gründe legal, genau wie in anderen Ländern praktiziert: Nawalny verbüsste damals eine Bewährungsstrafe im Zusammenhang mit der Yves-Rocher-Affäre.

Nawalny begann seine Karriere in den 2000er Jahren als Unternehmer. Einer im Russland von Boris Jelzin zwischen 1990 und 2000 üblichen Praxis folgend, kaufte er Unternehmen auf, um deren Gewinne zu privatisieren (eine illegale Praxis, die dazu führte, dass Wladimir Putin gegen bestimmte Oligarchen kämpfte, die schliesslich in Grossbritannien oder Israel Zuflucht suchten). Im ersten Fall (Kirowles) erhielt Nawalny eine fünfjährige Bewährungsstrafe.

Der «umstrittenste» Fall ist jedoch der des französischen Kosmetikhauses Yves Rocher. Es ist eine relativ komplexe Angelegenheit mit einem Gewirr von Unternehmen und Konten, einige davon im Ausland. Die beste Beschreibung des Falles findet sich in der Pressemitteilung von Yves Rocher (23) und auf Wikipedia (auf Russisch, 24). Kurz gesagt, es handelt sich um einen Fall von Unterschlagung durch Amtsmissbrauch, bei dem der russische Staat gegen Oleg Nawalny antritt.

Im Jahr 2008 war Oleg Nawalny, Alexeis Bruder, Manager im automatisierten Sortierzentrum der russischen Post in Podolsk. Um die Lieferung der Yves Rocher-Produkte an das Sortierzentrum zu erleichtern, drängte er das französische Unternehmen, die Dienste eines privaten Logistikunternehmens in Anspruch zu nehmen: Glavpodpiska (GPA), das der Familie Navalny gehört. Es besteht eindeutig ein Interessenkonflikt und eine Korruptionssituation, die zu einer offiziellen Untersuchung geführt hat. Dabei ist zu beachten, dass Oleg Nawalny der Hauptangeklagte ist, während Alexej Nawalny «nur» ein Komplize ist. Aus diesem Grund wurde Oleg zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe und Nawalny zu einer dreieinhalbjährigen Bewährungsstrafe verurteilt.

Oleg und Alexei Nawalny legten gegen diese Entscheidung Berufung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein und argumentierten, dass das Urteil politisch motiviert sei. Entgegen der Behauptung einiger westlicher Medien (25) hat der EGMR dieses Urteil nicht für ungültig erklärt, da er nicht

den Inhalt des Falles, sondern seine Form beurteilte. Am 17. Oktober 2017 erliess der EGMR sein Urteil, in dem er den beiden Brüdern in bestimmten Rechtsfragen teilweise Recht gab und zu dem Schluss kam, dass das russische Justizsystem ihnen eine Entschädigung zahlen sollte. Es wies jedoch den Vorwurf zurück, dass ihre Verurteilung politisch motiviert gewesen sei (Paragraph 89) (26).

Tatsächlich wurde Nawalny, nachdem er im Verfahren gegen die französische Firma «Yves Rocher» angeklagt worden war, unter Bewährung gestellt, wonach er sich bis zum Ende dieser Zeit zweimal im Monat bei der russischen Justizvollzugsbehörde melden musste (30. Dezember 2020).

Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung durch Nawalny führte zu seiner Verhaftung Anfang 2021. Er hatte im Jahr 2020 bereits sechsmal gegen diese Anordnung verstossen (zweimal im Januar, einmal im Februar, März, Juli und August), doch die russischen Behörden hatten damals Nachsicht gezeigt. Wie der Korrespondent des Schweizer Fernsehens in Moskau feststellt (27), wurde Nawalny «im Gegensatz zu vielen anderen Oppositionellen nie zu einer Gefängnisstrafe verurteilt». Trotz seiner vielen Vergehen und im Gegensatz zu den Behauptungen im Westen hat Nawalny also von ungewöhnlicher Nachsicht profitiert. So sehr, dass einige (Verschwörungstheoretiker) in Russland glauben, er werde vom Kreml benutzt, um die wichtigsten Oppositionsparteien zu schwächen.

Um zu behaupten, dass die Aufhebung seiner Suspendierung politisch motiviert sei, führen einige an, dass Nawalny körperlich nicht in der Lage gewesen sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. «France 24» erklärte (28), dass er dazu nicht in der Lage sei, «weil er einfach in Deutschland im Krankenhaus lag». «France 5» erklärte (29), dass «er im Koma lag» und das Schweizer Fernsehen (RTS), dass «er sich nach seiner Vergiftung in Deutschland erholte» (30). Das sind einfach Lügen.

Tatsächlich wurde seine Meldepflicht von den russischen Behörden für die Dauer seines Krankenhausaufenthaltes in der Charité in Berlin ausgesetzt. Der am 22. Dezember 2020 veröffentlichte Bericht der Ärzte des Charité-Krankenhauses bestätigte (31), dass er am 23. September 2020 aus dem Krankenhaus entlassen wurde und dass seine Symptome am 12. Oktober 2020 verschwunden waren (32).

Am 28. Dezember sandten die russischen Gefängnisbehörden Nawalny eine Warnung (in Kopie an seinen Anwalt und Pressesprecher), sich zum Dienst zu melden, doch er ignorierte sie (33).

Tatsächlich ist Nawalny seit September mit der letzten Schnittphase seines Films über Putins Palast beschäftigt gewesen. Aus diesem Grund würde er erst Ende Januar 2021 nach Russland zurückkehren können. Die russischen Strafvollzugsbehörden hätten dieses neue, fast dreimonatige Delikt kaum ignorieren und seine Bewährungsstrafe aufheben können. Nawalny hoffte zweifellos, erneut von der Nachsicht der Behörden zu profitieren. Aber angesichts der Ausstrahlung seines Films und seiner Forderungen nach Sanktionen gegen Russland war dies wahrscheinlich eine eher naive Annahme seinerseits ...

Selbst wenn die russischen Behörden unter diesen Umständen – noch einmal – Nachsicht ihm gegenüber hätten zeigen wollen, wäre dies für die russische öffentliche Meinung gänzlich unverständlich gewesen.

TP: Der Dokumentarfilm stellt ihn als ernsthafte Bedrohung für Putin dar. Gibt es etwas, das diese Dokumentarfilmer wissen, was sie zu dieser Schlussfolgerung führt?

JB: Nein, Aleksey Navalny ist weder der Hauptgegner noch der wichtigste oder gar der gefährlichste Gegner Putins in Russland – er ist einfach der sichtbarste (34). Er hat in der russischen Politik nur eine marginale Bedeutung.

Nawalny hat sich das Konzept des «Smart Voting» oder «Tactical Voting» zu eigen gemacht, um Wählerstimmen von den extremen Parteien sowohl der Rechten als auch der Linken zu gewinnen. Also jenen, die einzeln nicht zahlreich genug sind, um bei den Wahlen Kandidaten aufzustellen. Das Prinzip von Nawalnys «intelligenter Stimmabgabe» besteht darin, dass jeder seinen Stimmzettel erhält, ausser man ist Mitglied der Partei «Einiges Russland» (Wladimir Putins Partei). Es funktioniert also nach einer Logik, die nicht auf Präferenz, sondern auf Hass basiert ...

Die mit ihm verbundene Opposition ist alles andere als demokratisch und geeint. Sie versammelt unterschiedliche Fraktionen der ausserparlamentarischen Opposition, die von der extremen Rechten bis zur ehemaligen stalinistischen Kommunistischen Partei reichen.

Es handelt sich um Einzelpersonen, die gegen das System sind, aber weder eine gemeinsame Vision noch ein Programm für die Zukunft des Landes haben. Es handelt sich zudem um eine junge Opposition, die über soziale Netzwerke informiert und relativ instabil ist. Im Wesentlichen also um eine Opposition, die Wladimir Putin stürzen will, ohne eine Alternative bieten zu können. Dies erklärt, warum diese heterogene Opposition in Russland nur eine sehr geringe Unterstützung hat. Nawalnys Wahlstrategie zeigt, dass er keine Pläne für Russland hat und dass das Ziel hier nicht darin besteht, das Beste für Russland zu erreichen, sondern die derzeitige Regierung zu destabilisieren. Und deshalb unterstützt der Westen Nawalny.

Tatsächlich deutet das westliche Narrativ tendenziell darauf hin, dass die Wahl der russischen Bevölkerung auf Wladimir Putin und Aleksey Navalny beschränkt ist. Diese Situation ähnelt stark der Situation, die in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen 2017 und 2022 beobachtet wurde: Emmanuel Macron stand Marine Le Pen gegenüber, der Kandidatin der extremen Rechten. Dann war die Wahl der Wähler sehr einfach: Sie wählten denjenigen, den sie am wenigsten hassten. Im Falle Russlands ist das Problem sogar noch

einfacher, denn die Popularität von Wladimir Putin ist deutlich höher als die von Macron, während Nawalny nahezu unbekannt ist.

Die einzige Auswirkung der Förderung von Nawalny besteht also darin, die Bedeutung der systemischen Opposition zu schmälern, die als einzige in der Lage ist, Putin etwas entgegenzusetzen. Deshalb denke ich, dass Wladimir Putin den westlichen Propagandamedien für die Schwächung seiner Opposition danken sollte!

Nawalnys Popularität in Russland erreichte in den Jahren 2020–2021 ihren Höhepunkt, nach seiner angeblichen Vergiftung und dem Film über Putins angeblichen Palast. Aber wenn man sich die Zahl der Demonstranten in ganz Russland zum jetzigen Zeitpunkt ansieht, muss man zugeben, dass die Unterstützung für Nawalny marginal ist.

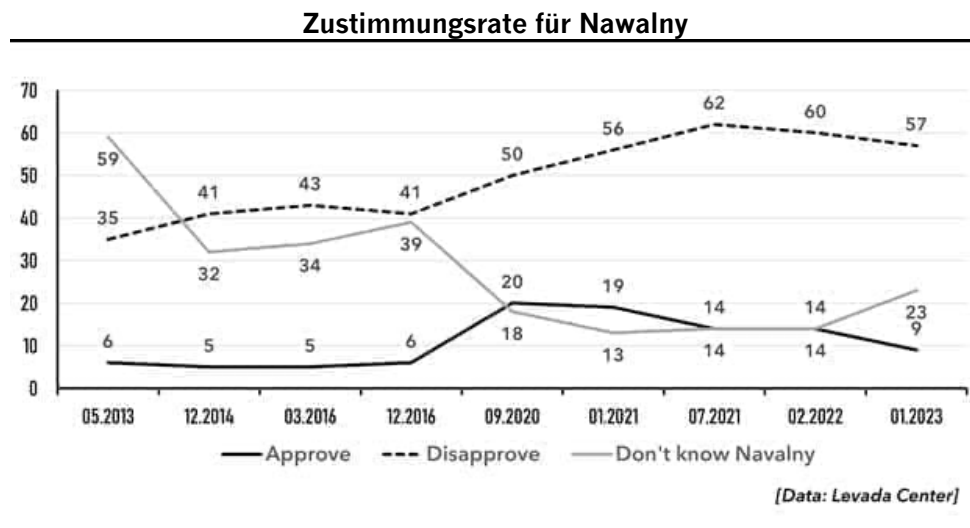


Abbildung 2 – Zustimmungsrate von Navalny 2013–2023. Seine angebliche Vergiftung und die Ausgabe des Films über «Putins Palast» trugen dazu bei, Nawalny in der russischen Öffentlichkeit bekannter zu machen. Heute bleibt Nawalny politisch unbedeutend. (Daten: Levada Center)

Anzahl der Demonstranten in ganz Russland am 23. Januar 2021

	Number of participants (Independent estimate)	Number of participants (official estimate)	Arrests	Participation as % of local population
Moscow	15000	4000	300	0.13
St. Petersburg	10000	-	162	0.2
Ekaterinburg	5000	3000	14	0.4
Novosibirsk	4000	-	90	0.3
Vladivostok	3000	500	35	0.5
Krasnoyarsk	3000	-	46	0.3
Tyumen	800	-	3	0.12
Omsk	2000	-	18	0.17
Irkutsk	2000	-	6	0.3
Chelyabinsk	2500	900	33	0.2
Barnaul	1500	-	3	0.2
Khabarovsk	1000	250	28	0.17
Total	49800		738	0.25

Abbildung 3 – Anzahl der Demonstranten bei den Demonstrationen für Nawalny nach seiner Verhaftung im Januar 2021, als seine Popularität am höchsten war. Diese Zahlen wurden vom unabhängigen russischen Medium ZNAK zusammengestellt. Im Vergleich zu den Millionen Demonstranten in Frankreich in den Jahren 2018–2019 und Anfang 2023 (ganz zu schweigen von der Zahl der Opfer!) sind die Demonstrationen in Russland eher anekdotisch. (Quelle: znak.ru)

TP: Dann gibt es noch den bekannten Vorfall der «Vergiftung» Nawalnys. Könnten Sie etwas Licht in dieses Dunkel bringen?

JB: Am 20. August 2020, während seines Fluges von Tomsk nach Moskau, wird Alexej Nawalny von heftigen Bauchschmerzen geplagt. Der Flug wird nach Omsk umgeleitet, damit er dringend ins Krankenhaus eingeliefert werden kann. Zu diesem Zeitpunkt gibt es keine Analyse oder Hinweise, die es erlauben, die genaue Art von Nawalnys Krankheit zu bestimmen, aber seine Sprecherin behauptet, dass er vorsätzlich vergiftet wurde (35). Gerüchte in sozialen Netzwerken über eine schlechte Kombination aus Alkohol und Drogen werden von westlichen Medien schnell als «verleumderisch» abgetan (36). Sie bevorzugen bereitwillig – ohne jegliche Beweise – eine fantasievollere Version (37): Eine von Putin angeordnete Vergiftung mit «Novitchok» (38).

Sobald Herr Nawalny im Krankenhaus in Omsk ankam, diagnostizierten russische Ärzte eine Stoffwechselstörung. Etwa zehn Minuten nach seiner Ankunft im Krankenhaus verabreichten sie ihm Atropin, um

Komplikationen bei einer Intubation zu vermeiden, wie das russische Oppositionsmedium Meduza erklärte (39). Das Problem besteht darin, dass einige Verschwörungstheoretiker aus der Tatsache, dass es sich bei Atropin um ein Produkt handelt, das auch als Gegenmittel bei Nervengiftvergiftungen eingesetzt wird, schlussfolgern, dass die Ärzte «wussten», dass er mit Nowitschok vergiftet worden war, einem äusserst gefährlichen Nervengift, das angeblich gegen Ex-Agenten eingesetzt wurde, wie etwa Sergei Skripal im Jahr 2018.

Aber wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte ihn das medizinische Personal in Omsk mit angemessener Schutzausrüstung empfangen! Auf Radio Free Europe/Radio Liberty erklärte Dr. Aleksandr Sabayev, dass die Ärzte schnell erkannten, dass es sich um ein Stoffwechselproblem handelte, und Atropin in einer viel niedrigeren Dosis als bei Vergiftungen verabreichten. (40)

Tatsächlich wissen wir dank eines Fotos eines Dokuments, das von der russischen Oppositionswebsite Meduza veröffentlicht wurde, was russische Ärzte in Nawalnys Blut und Urin fanden. Da keine Anzeichen von Nervengift vorhanden waren, haben unsere Medien das aber einfach nicht berichtet! (41)

Am 12. Dezember behauptete die Londoner «Times» (42), gefolgt von der «New York Post» (43) und der «Deutsche Welle» (44), dass der Kreml vor seiner Abreise nach Deutschland eine zweite Vergiftung Nawalnys im Omsker Krankenhaus versucht habe, und beschuldigte russische Ärzte der «Mitschuld». Diese Medien sind einfach Lügner und erfinden eine Verschwörungstheorie. Tatsächlich geht aus dem am 22. Dezember in «The Lancet» veröffentlichten Bericht der deutschen Charité hervor, dass Nawalny 31 Stunden nach Beginn seiner Symptome – also bereits am Freitag, dem 21. August – in Omsk einen deutschen Arzt an seiner Seite hatte – und dass sich sein Zustand zum Zeitpunkt seines Transports nach Deutschland «leicht verbessert» hatte (45). Damit, so die deutschen Ärzte, hätten ihre russischen Kollegen Nawalny nicht nur stabilisiert, sondern ihre Behandlung sei auch wirksam gewesen. Nawalnys Verwandte und unsere Medien haben also (wieder einmal) gelogen.

Es gibt kaum Anhaltspunkte, um die Relevanz der westlichen Anschuldigungen von 2018 und 2020 einzuschätzen. Die von den deutschen, französischen und schwedischen Militärlaboren im September 2020 durchgeführten Analysen bleiben geheim und wurden trotz der Aufforderung Russlands weder veröffentlicht, noch an Russland weitergegeben. Derzeit liegen uns daher lediglich die veröffentlichten wissenschaftlichen Ergebnisse der Ärzte vor, die Nawalny in Omsk und Berlin behandelt haben, die freigegebene Version des OPCW-Berichts (46) und – teilweise – die Antworten der Regierung vom 19. November 2020 und 15. Februar 2021 nach Anfragen deutscher Parlamentarier.

Die Analysen der Militärlabore deuten vage auf die Anwesenheit von Nowitschok hin (ihr Inhalt ist jedoch nicht überprüfbar). Die Beobachtungen von Zivilärzten neigen dazu, ihren Schlussfolgerungen zu widersprechen, während die Antworten der Regierung viel weniger kategorisch erscheinen als die der Medien und sich hinter Militärgeheimnissen verstecken, wenn die Fakten den Erklärungen zu widersprechen scheinen.

Am 24. August erklärte die Charité in einer Pressemitteilung, dass die klinischen Analysen «auf eine Vergiftung durch eine Substanz aus der Gruppe der Cholinesterasehemmer hinweisen». Die Ärzte in Omsk hatten jedoch keine festgestellt.

Also: Verschwörung? Nein, nicht unbedingt.

Wie das Oppositionsmedium Meduza sagt, suchten die deutschen Ärzte nach Hinweisen auf eine Vergiftung, während die russischen Ärzte nach der Ursache für Nawalnys Erkrankung suchten. Da sie nicht dasselbe suchten, waren ihre Ergebnisse unterschiedlich, aber nicht inkonsistent.

Im Oktober 2020 veröffentlichten die Schweden die Ergebnisse ihrer Analysen und stellten fest (47), dass «das Vorhandensein von [ANONYMISIERTE] im Blut des Patienten bestätigt wurde». Der Name des Stoffes ist geschwärzt, sodass wir nicht wissen, um was es sich handelt. Aber wir können davon ausgehen, dass es keinen Grund gäbe, es zu verbergen, wenn es Nowitschok wäre (wie es westliche Länder erwarteten).

Am 14. Januar 2021 weigerte sich die schwedische Regierung ausdrücklich, dieses Ergebnis freizugeben, um «die Beziehungen zwischen Schweden und einer ausländischen Macht nicht zu beeinträchtigen», ohne anzugeben, ob es sich um Deutschland oder die Vereinigten Staaten handelte. Wir wissen also nicht, was los ist, aber wir wissen, dass Schweden ein Land ist, in dem Ehre eine Fiktion ist, die politischen Interessen unterliegt: Bereits in der Julian-Assange-Affäre hatte die schwedische Regierung die Vergewaltigungsvorwürfe gegen ihn buchstäblich «erfunden». So sagt es Nils Melzer, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Folter. (48)

Die am 22. Dezember 2020 vom «Lancet» als Anhang zum Bericht der Charité-Ärzte veröffentlichten Analysen von Nawalnys Flüssigkeiten sind eines der wenigen verfügbaren Dokumente, die wissenschaftliche Daten enthalten (49). Sie erlauben uns, eine Reihe von Schlussfolgerungen zu ziehen. Beispielsweise könnte das Vorhandensein von Cholinesterasehemmern einfach durch die Antidepressiva erklärt werden, die Nawalny selbst einnahm, höchstwahrscheinlich in Kombination mit Alkohol. Dies würde erklären, warum sich seine Symptome völlig von denen von Sergei und Yulya Skripal im Jahr 2018 unterscheiden, die angeblich Opfer desselben Giftes geworden sind. Es ist dabei zu beachten, dass weder die Symptome der Skripals noch Nawalnys mit einer neurotoxischen Vergiftung vereinbar sind.

Darüber hinaus geht aus den Dokumenten der deutschen Ärzte hervor, dass seine Cholinesterase-Werte bei der Probenentnahme durch die Franzosen, Schweden und die OPCW – 15 Tage nach Nawalnys Ankunft in Deutschland – nahezu normal waren.

Zu diesem Zeitpunkt konnten diese französischen, schwedischen und OPCW-Labore nur «Cholinesterasehemmer» nachweisen, nicht jedoch die in der Charité gefundenen Substanzen wie Lithium oder Medikamente, die vermutlich zu ihrem Auftreten geführt haben. Da keine veröffentlichten Ergebnisse vorliegen, wissen wir nicht genau, was sie herausgefunden haben, aber es ist wahrscheinlich, dass sie, da sie keine andere Erklärung für das Vorhandensein dieser Hemmstoffe hatten, zu dem Schluss kamen, dass es sich um Nowitschok handelte.

Bei der Geheimhaltung ihrer Ergebnisse hatten diese Laboratorien wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass die deutschen Ärzte die Ergebnisse ihrer Analysen veröffentlichen würden. Dank Letzterem erscheint die Hypothese, dass Nawalny Opfer einer versehentlichen Vergiftung wurde, wahrscheinlicher als eine vorsätzliche Vergiftung. Nawalny musste das offensichtlich gewusst haben, genauso wie er wusste, dass diese Ergebnisse veröffentlicht werden würden. Und wahrscheinlich um ihre Schlussfolgerungen zu widerlegen, hat Nawalny am Tag vor der Veröffentlichung des «Lancet»-Artikels sein Telefongespräch mit einem «FSB-Agenten» inszeniert. (50)

TP: Ist Nawalny ein weiteres «Anti-Putin»-Werkzeug des Westens? Oder nutzt der Dokumentarfilm einfach die Emotionalität rund um den Krieg in der Ukraine aus?

JB: Tatsächlich besteht seit Anfang der 1990er Jahre der zentrale Grundsatz der amerikanischen Strategie darin, ihre Vormachtstellung auf der internationalen Bühne zu behaupten. Das ist die Wolfowitz-Doktrin. Bis in die frühen 2000er Jahre hatten die Vereinigten Staaten den Vorteil, als Gegner ein Russland zu haben, das sich nach dem Fall des Kommunismus wieder aufbaute, und ein China, das noch nicht die wirtschaftliche Bedeutung besaß, die es heute hat.

Der Rückzug der Bush-Regierung aus den Abrüstungsabkommen im Jahr 2002 löste in Russland Misstrauen aus. Dies erklärt, warum Präsident Putin versucht, die Position seines Landes und sein Recht auf Sicherheit durchzusetzen. Dies führte 2007 zu Wladimir Putins Rede in München, die von den USA als Kriegserklärung aufgefasst wurde.

Diese Situation hat die Vereinigten Staaten dazu veranlasst, eine Destabilisierungs-Strategie zu verfolgen, die auch die Unterstützung nicht systemischer Opposition einschließt.

Die amerikanische Strategie gegen Russland ist sehr umfassend und umfasst ein breites Spektrum an Mitteln. Es wird ausführlich in einer Reihe von zwei Dokumenten beschrieben, die von der RAND Corporation, der wichtigsten Denkfabrik des Pentagons, erstellt wurden: «Extending Russia: Competing from Advantageous Ground» (51) und «Overextending and Unbalancing Russia» (52). Der Krieg in der Ukraine ist der sichtbarste seit Februar 2022, aber es gibt auch die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Region Transnistrien, die Destabilisierung Syriens usw. Die Unterstützung für Nawalny ist Teil dieser Gesamtstrategie.

Das Paradoxe ist, dass Russland sich in der Ukraine engagiert hat, um die Menschen im Donbass zu schützen, was in Russland ein sehr populäres Anliegen ist. Das Gleiche gilt für die Krim, die kurz vor der Unabhängigkeit der Ukraine im Dezember 1991 eine autonome Einheit war. Darüber hinaus wurde die bereits sehr hohe Popularität Wladimir Putins durch die von der Ukraine in Russland verübten und von allen westlichen Ländern unterstützten Terroranschläge noch weiter gesteigert.

Nawalny ist also Teil eines umfassenden Versuchs, Russland auf der internationalen Bühne zu diskreditieren und letztlich zu isolieren. Allerdings ist die Auswirkung dieser Kampagne auf die innere Lage in Russland umstritten. Der patriotische Sinn der russischen Bevölkerung ist sehr hoch und selbst Nawalnys Anhänger neigen dazu, die Regierung zu unterstützen. Mir ist zum Beispiel aufgefallen, dass systemfremde Oppositionswebsites sehr oft andere Ansichten vertreten als die des Westens. Obwohl es im Inland immer noch Widerstand gegen die Sondermilitäroperation gibt, können wir feststellen, dass sie sehr stabil und marginal bleibt.



TP: Vielen Dank für Ihre Zeit. Irgendwelche letzten Worte?

JB: Es ist ironisch zu sehen, dass europäische Politiker die Sache von Nawalny aufgreifen, einem rechtsextremen Nationalisten (53), der die Annexion der Krim befürwortet (54) (und in der pro-westlichen «Moscow Times» erklärte, dass er sie nicht zurückgeben würde (55), wenn er an die Macht käme) (56). Der nie ein konkretes Projekt für Russland geäußert hat, der versucht hat, sich durch Unterschlagung zu bereichern, und der keinen der Werte vertritt, die Europa zu verteidigen vorgibt!

Quellen:

- (1) <https://www.thepostil.com/navalny-hero-of-the-west/>
- (2) https://www.liberation.fr/checknews/2020/09/18/pourquoi-alexei-navalny-est-il-presente-comme-le-principal-opposant-de-vladimir-poutine_1799855/
- (3) <https://www.bbc.com/news/world-europe-27114436>
- (4) <https://www.bbc.com/news/world-europe-39588507>
- (5) <https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-05-31/russian-opposition-leader-loses-billionaire-s-defamation-case#xj4y7vzkg>
- (6) <https://www.rferl.org/a/russian-court-orders-navalny-to-retract-bribery-allegation-against-tycoon-prokhorov/29321557.html>
- (7) <https://stratcomcoe.org/publications/analysis-of-kremlin-disinformation-campaign-after-the-poisoning-of-alexei-navalny/232>
- (8) <https://questions-statements.parliament.uk/written-questions/detail/2018-11-27/196177#>
- (9) <https://www.ned.org/about/history/>
- (10) <https://web.archive.org/web/20150814074947/https://wikileaks.org/cable/2006/11/06MOSCOW12709.html>
- (11) <https://www.nytimes.com/2018/02/17/sunday-review/russia-isnt-the-only-one-meddling-in-elections-we-do-it-too.html>
- (12) <https://www.theatlantic.com/international/archive/2013/07/is-aleksei-navalny-a-liberal-or-a-nationalist/278186/>
- (13) <https://www.youtube.com/watch?v=oVNJiO10SWw>
- (14) <https://www.thenation.com/article/archive/how-russian-nationalism-fuels-race-riots/>
- (15) <https://world.time.com/2013/10/14/russia-responds-to-anti-migrant-riots-by-arresting-migrants/>
- (16) <https://www.salon.com/2017/04/02/dictator-vs-democrat-not-quite-russian-opposition-leader-alexei-navalny-is-no-progressive-hero/>
- (17) <https://jacobin.com/2017/07/alexei-navalny-putin-opposition-movement-trump>
- (18) <https://afp.princeton.edu/2018/12/end-capital-punishment-the-short-sightedness-of-magnitsky-act-sanctions-on-kadyrov/>
- (19) <https://www.youtube.com/watch?v=UJX9pmr1I3E>
- (20) <https://www.youtube.com/watch?v=nNOczR4C1QI&t=3490s>
- (21) <https://www.theguardian.com/world/2017/apr/29/alexei-navalny-on-putins-russia-all-autocratic-regimes-come-to-an-end>
- (22) <https://www.spiegel.de/international/world/alexei-navalny-on-his-poisoning-i-assert-that-putin-was-behind-the-crime-a-ae5923d5-20f3-4117-80bd-39a99b5b86f4>
- (23) https://groupe-rocher.com/sites/default/files/2021-02/Oleg%20et%20Alexei%20Navalny%20-%20Yves%20Rocher%20Vostok_EN_0.pdf
- (24) https://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%9D%D0%B0%D0%B2%D0%B0%D0%BB%D1%8C%D0%BD%D1%8B%D0%B9_%D0%90%D0%BB%D0%B5%D0%BA%D1%81%D0%B5%D0%B9_%D0%90%D0%BD%D0%B0%D1%82%D0%BE%D0%BB%D1%8C%D0%B5%D0%B2%D0%B8%D1%87
- (25) <https://www.rtf.be/article/l-europe-reclame-la-liberation-immediate-de-navalny-et-n-exclut-pas-des-sanctions-10676781>
- (26) <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22%3A%5B%5B%22001-177665%22%5D%5D%7D>
- (27) <https://www.rts.ch/play/tv/19h30/video/19h30?urn=urn:rt:video:11919988&startTime=285>
- (28) <https://www.youtube.com/watch?v=u589gXqN9ZE&t=151s>
- (29) <https://www.youtube.com/watch?v=o9TKdH3aAf0>
- (30) <https://www.rts.ch/play/tv/19h30/video/19h30?urn=urn:rt:video:11945328&startTime=739>
- (31) <https://www.bbc.com/news/world-europe-54262279>
- (32) <https://www.reuters.com/article/us-russia-politics-navalny/russia-gives-kremlin-critic-navalny-an-ultimatum-return-immediately-or-face-jail-idUSKBN2921PF>
- (33) https://archive.mid.ru/en/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/4546417
- (34) https://www.liberation.fr/checknews/2020/09/18/pourquoi-alexei-navalny-est-il-presente-comme-le-principal-opposant-de-vladimir-poutine_1799855/
- (35) https://twitter.com/Kira_Yarmysh/status/1296293654462685185
- (36) <https://www.letemps.ch/monde/europe/lopposant-russe-alexei-navalny-entre-vie-mort>
- (37) <https://www.journaldemontreal.com/2020/08/20/alexei-navalny-empoisonne-sur-ordres-de-poutine>
- (38) <https://www.ouest-france.fr/europe/russie/russie-empoisonnees-tues-par-balles-la-longue-liste-d-opposants-reduits-au-silence-6943398>
- (39) <https://meduza.io/en/feature/2020/08/28/we-re-in-the-business-of-saving-lives-get-it>
- (40) <https://www.svoboda.org/a/30880019.html>
- (41) <https://meduza.io/en/feature/2020/09/04/highly-toxic-but-unreliable>
- (42) <https://www.thetimes.co.uk/article/revealed-kremlin-made-a-second-attempt-to-poison-alexei-navalny-in-botched-assassination-nh32x737j>

- (43) <https://nypost.com/2020/12/13/alexei-navalny-survived-second-poisoning-while-in-coma-report/>
 (44) <https://www.dw.com/en/navalny-poisoning-russia-made-second-assassination-attempt-report/a-55921189>
 (45) [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(20\)32644-1/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(20)32644-1/fulltext)
 (46) <https://www.opcw.org/sites/default/files/documents/2020/10/s-1906-2020%28e%29.pdf>
 (47) <https://twitter.com/mazzenilsson/status/1314600936497704960>
 (48) <https://archive.org/details/amurderoussystemisbeingcreatedbeforeourveyeyesrepublik>
 (49) <https://drive.google.com/file/d/1zYD6nPDhmpuTsu6r-BReHal-wVLiXzoh/view>
 (50) <https://www.youtube.com/watch?v=ibqiet6Bg38>
 (51) https://www.thepostil.com/wp-content/uploads/2022/11/RAND_RR3063-Extending-Russia.pdf
 (52) https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html
 (53) <https://www.humanite.fr/monde/alexei-navalny/navalny-un-nationaliste-russe-633975>
 (54) <https://ukraineworld.org/articles/opinions/what-does-aleksey-navalny-really-think-about-ukraine-crimea-and-donbas>
 (55) <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/05/russia-moscow-times-cyber-attack>
 (56) <https://www.themoscowtimes.com/2014/10/16/navalny-wouldnt-return-crimea-considers-immigration-bigger-issue-than-ukraine-a40477>
 Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/2023/06/17/alexei-nawalny-die-tatsachliche-geschichte/>

Habeck:

Wir beziehen fortlaufend Gas aus Russland und kommen ohne nicht aus

Von Peter Haisenko, JUNI 15, 2023

In mehreren Artikeln habe ich darauf hingewiesen, dass die BRD fortlaufend Gas aus Russland bezieht, obwohl das abgestritten wird. Das wurde immer wieder angezweifelt. Jetzt hat der Wirtschaftsminister persönlich bestätigt, dass es so ist.

Der Kinderbuchautor geht dabei so weit, die brutale Wahrheit zu sagen: Wenn wir nicht weiterhin Gas aus Russland erhalten, dann muss Deutschland deindustrialisiert werden. Zumindest teilweise. Und es geht um die Ukraine, sagt Habeck. Wie Bloomberg berichtet, sagte Habeck: Deutschland könnte gezwungen sein, Industriekapazitäten abzubauen oder sogar abzuschalten, wenn das Gas-Transitabkommen zwischen der Ukraine und Russland nicht verlängert werde. Dieses soll Ende nächsten Jahres auslaufen, so Wirtschaftsminister Habeck. Er sagte wörtlich:

«Würde das russische Gas nicht in dem Masse, wie es noch immer durch die Ukraine fließt, nach Osteuropa kommen, gilt, was europäisch verabredet wurde: Bevor die Leute dort frieren, müssten wir unsere Industrie drosseln oder gar abschalten.» Weiter warnte Habeck am Montag auf einer Wirtschaftskonferenz im Osten der BRD in Bad Saarow davor, «nicht noch einmal denselben Fehler zu begehen und davon auszugehen, dass die Wirtschaft ohne Sicherung der Energieversorgung nicht beeinträchtigt werde». Respekt, Herr Habeck, da haben Sie ja etwas gänzlich Neues entdeckt.

Polen bezieht Gas aus Deutschland

Was Herr Habeck da von sich gegeben hat, ist die Bankrotterklärung seiner Politik und die der ganzen «Ampel». Nicht nur das. Er gibt damit offen zu, dass er fortlaufend gelogen hat. Schliesslich hat er immer wieder verkündet, die Gasversorgung Deutschlands sei gesichert. Aber das ist immer noch nicht alles. Er legt hiermit auch offen, dass es eine europäische «Verabredung» gibt, die das Wohl Osteuropas über das Deutschlands stellt. Bevor man dort frieren sollte, will er lieber Deutschland deindustrialisieren. Da muss man genauer hinsehen, was er mit Osteuropa meint. Als Erstes dürfte damit die Ukraine gemeint sein. Und dann Polen. Hat man mir schon nicht glauben wollen, dass Polen mit russischem Gas versorgt wird, das über Deutschland zurück nach Osten, also nach Polen, geführt wird, bestätigt er mit seinem Geständnis auch das.

Worum geht es da? Polen hatte die Gaslieferverträge mit Russland gekündigt, weil sie die vertraglich vereinbarten Preise nicht bezahlen wollten, sondern nur aktuelle Marktpreise. So hat Russland die direkte Lieferung nach Polen eingestellt. Polen braucht aber Gas. Da konnte die BRD helfen. Sie lieferte Gas nach Polen, russisches Gas, das durch Nordstream lief, zu den Preisen, die sich Deutschland mit langfristigen Verträgen gesichert hatte. Nun gibt es Nordstream nicht mehr und ich war wohl nicht der Einzige, der sich wunderte, woher Deutschland immer noch Gas bekam. Russisches Gas. Die Antwort heisst Ukraine.

Die Verträge mit Kiew sind einzuhalten, die mit Moskau nicht

Die Gaspipeline durch die Ukraine ist in Betrieb und sie liefert russisches Gas nicht nur an die Ukraine, sondern auch vertragsgemäss nach Deutschland und das wird zum Teil an Polen weitergegeben. Schon bei der Streiterei um Nordstraem 2 ging es darum, den Gastransit durch die Ukraine unbedingt aufrecht zu erhalten, denn die Ukraine verdient klotzig an diesem Transit. Zwischenfrage: Wieso liefert Russland immer noch Gas an und durch die Ukraine, obwohl sich Russland doch angeblich mit der Ukraine im Krieg

befindet? Ganz einfach: Russland hält sich an Verträge. Immer und das war noch nie anders. Jetzt aber ist dem Schnellmerker Habeck aufgefallen, dass dieser Vertrag mit der Ukraine demnächst ausläuft. Die Frage steht im Raum, wie dieser Vertrag verlängert werden könnte. Sowohl Kiew als auch Berlin lehnen es ja ab, überhaupt mit Moskau über irgendetwas zu verhandeln.

Abgesehen davon hätte Russland schon jetzt das Recht, die Gaslieferungen an und durch die Ukraine einzustellen, denn die Ukraine bezahlt ihr Gas nicht ordentlich. Da ist wieder so ein Punkt zum Nachdenken. Ginge es nach Kiew, sollte kein westliches Land Energie aus Russland beziehen, denn damit würde ja Russlands Kriegskasse gefüllt. Kiew selbst hat aber keine Skrupel, seine Bürger mit russischem Gas vor dem Erfrieren zu bewahren und auch seine Restindustrie vor dem Kollaps zu schützen. Deutschland bezahlt die Ukraine für den Gastransit. Das Gas selbst wird wohl auch bezahlt, wahrscheinlich direkt an Russland und zwar in Rubel, was zwar öffentlich abgelehnt worden ist, aber wohl doch genau so stattfindet. Es ist ein komplettes Lügengebilde, das uns unsere Regierung da auftischt.

Anzumerken ist hierzu, dass Kiew gegenüber der BRD ein Erpressungspotential hat. Schliesslich sind sie es, die die Kontrolle über diese Pipeline haben. Ist das auch ein Grund, warum die BRD-Regierung «fest» an der Seite Kiews steht? Habeck hat es ja gesagt, dass es um nicht weniger als die Deindustrialisierung Deutschlands geht, wenn der Gasfluss durch die Ukraine ausfallen sollte.

Darf eine (demokratische) Regierung ihre Bürger derart anlügen?

Es darf schon lange vermutet werden, dass Habeck nicht zu den schlauesten gehört. Ohne seinen Vorbeter Graichen ist er aber jetzt wohl ganz verloren. Wie sonst konnte er öffentlich zugeben, dass er alle belogen hat? Oder ist er so eitel, so beeindruckt von der Ehre, vor einem Industrieforum sprechen zu dürfen, dass er dort mit geheimem Insiderwissen protzt? Aber wiederum zu dumm zu erkennen, was er da ausgeplaudert hat. Es geht nicht nur darum, dass er zugibt, immer noch Gas aus Russland zu beziehen. Der Hammer ist, dass er unzweideutig sagt, dass es nicht nur für ihn wichtiger ist, dass man in Osteuropa nicht friert, als den Industriestandort Deutschland zu erhalten. Oder ist es noch schlimmer und genau das ist es, was seinen geheimen Plänen entspricht? Schliesslich hat er schon eine Bleibe in Dänemark.

Habeck hat mit seinem Auftritt offenbart, dass hier Dinge ablaufen, die einer Demokratie unwürdig sind. Die Wähler werden fortlaufend belogen. Habeck selbst hat immer wieder betont, die Gasversorgung wäre gesichert, auch ohne russisches Gas, das wir ja angeblich sowieso nicht mehr beziehen. Jetzt aber gibt er zu, dass wir russisches Gas in einer Menge erhalten, auf die Deutschland nicht verzichten kann, ohne sich zu deindustrialisieren. Das russische Gas, das durch die Ukraine nach Deutschland kommt, ist nach wie vor das billigste, das in Deutschland ankommt, obwohl die Transitgebühren bezahlt werden müssen. Das heisst, ohne dieses Gas wären die Gaspreise viel höher. Für alle, Private und Industrie.

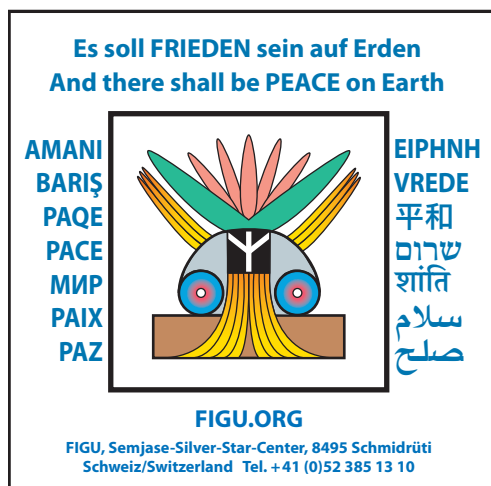
Russlandhass steht über Umweltschutz

Das Flüssiggas, das mit Tankern vor allem aus USA kommt, ist nicht nur teurer, sondern auch wesentlich umweltschädlicher, weil es Fracking-Gas ist. Dafür werden Terminals in Rekordzeit gebaut und normalerweise obligatorische Umweltgutachten dazu werden einfach weggelassen. Gas, das direkt aus Russland kommen könnte, also Gas, für das nicht der Transit durch die Ukraine bezahlt werden muss, wird medienwirksam abgelehnt. Ebenso, wie in den Systemmedien verschwiegen wird, dass ein Strang von Nordstream 2 immer noch funktionsfähig ist. Würde der genutzt, gäbe es keine Probleme mit der Energieversorgung Deutschlands. Das Verrückte daran ist, dass wir selbst für das Gas, das wir Russland nicht abnehmen wollen, vertragsgemäss an Russland bezahlen müssen, und zwar bis 2030. Das heisst, Deutschland bezahlt zweimal für Gas. Einmal für das Gas, das wir verweigern und dann für das Fracking-Gas aus den USA. Welchen Preis Polen für Gas an Deutschland bezahlt, wird ebenfalls geheim gehalten. Wie viel legt Deutschland dabei noch drauf?

So kann man eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass diese Regierung aktiv die Vernichtung des Industriestandorts Deutschland betreibt. Dass sie nicht einmal so weit voraus denken kann, Lieferverträge auf ihre Laufzeit rechtzeitig zu überprüfen. Und dass sie im europäischen Verbund warme Wohnungen im «Osten Europas» vorrangig sieht gegenüber der Existenzgrundlage Deutschlands, nämlich seiner Industrie. Da kann man nur noch zu dem Schluss kommen, dass vom Kanzler abwärts alle Entscheidungsträger gegen ihren Amtseid verstossen. Ob das Hochverrat ist, muss vor Gericht geklärt werden. Aber wie soll das zustande kommen, wo doch in der BRD die Staatsanwälte gegenüber ihren Ministerien weisungsgebunden sind? Aber was konnte man erwarten, wenn ein Kinderbuchautor zum Wirtschaftsminister gemacht wird, der noch nie etwas mit Deutschland anfangen konnte und der keinerlei Fachkompetenz für sein Amt vorweisen kann?

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/habeck-wir-beziehen-fortlaufend-gas-aus-russland-und-kommen-ohne-nicht-aus/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

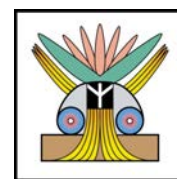
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-
nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz